



# Lohnbewegung in der Breslauer Metallindustrie abgeschlossen!

## Würgerblockade der neuen Regierung — Erregte Konferenz in Breslau

Breslau, 10. Juli. Gestern fand im Gewerkschaftshaus eine Funktionärerversammlung des Metallarbeiterverbandes statt, welche zu der Verbindlichkeitsklärung des bekannten Schlichtungsspruches Stellung zu nehmen hatte. Nach dem Vortrag Siegler's, dessen Ausführungen auf die Metalle „Es ist eben nichts zu machen“ gerichtet waren, fand eine erregte Aussprache statt, in der sämtliche Kollegen sich hart gegen den Spruch und die Praxis der Verbindlichkeitsklärung äußerten. Die Opposition brachte eine Entschließung ein, deren Inhalt etwa wie folgt lautete:

Die Konferenz lehnt den Spruch nach wie vor ab. Sie stellt fest, daß die Verbindlichkeitsklärung vollkommen ausgeschlossen ist und keinerlei Maßnahmen zur Vorbereitung eines Kampfes getroffen hat. Die nunmehr erfolgte Verbindlichkeitsklärung ist ein Beweis dafür, daß die neue Regierung mit ihren Schlichtungsinstanzen in die Tugenden des Bürgerblocks tritt. Die Konferenz beschließt, den Ablauf des durch den verbindlichen Spruch geschaffenen Taxis nicht abzuwarten, sondern sofort alle Maßnahmen zur Vorbereitung und Eröffnung eines Kampfes für ausreichende Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zu ergreifen.

In seinem Schlusswort versuchte Siegler die Ausführungen der Diskussionsredner zu entkräften. Die Entschließung, gegen die er tatsächlich nicht viel sagen konnte, bezeichnete er als „kommunistische Wache“. Als Entschuldigung für die Verbindlichkeitsklärung wies er auf das junge Alter der Regierung hin und meinte, sie müsse sich erst einarbeiten. Der Kampf müsse nicht für die Besetzung des Schlichtungssystems, sondern für eine Reform desselben geführt werden.

Nach aller Bemühungen gelang es Siegler nicht, die Konferenz mit der erfolgten Verbindlichkeitsklärung zu versöhnen. Von den etwa 300 anwesenden Funktionären beteiligten sich nur etwa 90 an der Abstimmung. Etwa 30 stimmten für die Entschließung der Opposition. Etwa 60 stimmten dagegen, weniger aus Überzeugung, vielmehr aus Fraktionsdisziplin.

Damit ist die Lohnbewegung der Breslauer Metallarbeiter vorläufig abgeschlossen. Sie war ein Zeichen dafür, daß der sozialdemokratische Maßstab den Arbeitern keinerlei Nutzen gebracht hat, weil eben die Taten der sozialdemokratischen Minister sich durch nichts von denen ihrer Bürgerblockvorgänger unterscheiden, und weil die Arbeiterkämpfe auf den außerparlamentarischen Kampf nicht verzichten darf, will sie Erfolge erzielen. Wir kommen auf die nunmehr abgeschlossene Lohnbewegung noch zurück.

## Das Ende eines Schwindels

Berlin, 10. Juli. Unter der Überschrift: „Hrso ist nicht zu tun“ veröffentlicht der „Vorwärts“ den fälschlichen Appell einer Reihe im öffentlichen Leben stehender Persönlichkeiten an die Sowjetregierung, der die Abänderung der Todesurteile gegen die internationalen Saboteure im Schacht-Prozess verlangt. In diesem Appell, der von Löbe, Josef Wirth, Paul Levy, Frau Katharina von Kardorff (!) und anderen gezeichnet wird, heißt es u. a., daß die Existenz einer Organisation, die die Sowjetindustrie mit Abfall und Vorbedacht geschädigt hätte, aus dem Verlauf des Prozesses nicht erkennbar sei.

Diese Behauptung braucht nicht besonders widerlegt zu werden, nachdem die Anlage Krylenkos vorliegt. Zu betonen ist nur, daß die wichtige Organe der bürgerlichen Presse, wie die „DZ.“ und die „Sächsische Zeitung“, längst darauf verzichtet haben, die Wichtigkeit der stehenden Punkte der Anlage zu betonen. Da diese freche Verhöhnung der Sowjetjustiz in dem von Löbe, Wirth, Levy usw. gezeichneten Appell die ihm zugrunde liegende Meinung genügend charakterisiert, verzichten wir darauf, auf Einzelheiten einzugehen. Nur die Begründung sei noch hervorgehoben, die die Verfasser angeblich zu der Veröffentlichung des Appells veranlaßt hat.

Es heißt u. a.: „Die Unterzeichneten fühlten sich zu diesem Appell um so mehr berechtigt, als sie von Anhängern der Sowjetregierung in unzähligen Fällen ersucht worden sind, die Stimme gegen ähnlich grausame Urteile in anderen Ländern zu erheben und diesem Ersuchen stets nachgegeben sind.“

Auch dieser Satz ist eine plumpe tendenziöse Entstellung der Tatsachen. „Die Anhänger der Sowjetregierung“ haben die Sozialdemokraten nie aufgefordert, die Stimme gegen ähnlich grausame Urteile in anderen Ländern zu erheben, sondern sie haben sie aufgefordert, ihre Stimme gegen Terrorurteile der sächsischen Justiz, gegen Mordtaten des weißen Terrors zu erheben. Auch diese Falschung kennzeichnet den eigentlichen Zweck des Appells, der nur aus antibolschewistischer Stimmungsmache besteht.

Die Herren Löbe, Wirth und Levy mögen ruhig der Sowjetregierung überlassen, welche Maßnahmen sie im Interesse der Verteidigung des sozialistischen Aufbaues für nötig hält. Auf die geistige Herkunft dieses Geschreibsel's wirkt auch ein unerschütterter Artikel von Paul Levy in „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ vom 6. Juli ein charakteristisches Licht. In diesem Artikel stellt Levy klipp und klar die These auf, daß die ganze Sabotage im Donez-Gebiet eine pure Erfindung sei, und wagt die empörende Behauptung aufzustellen, daß der Prozeß wegen „seiner zynischen Brutalität und wegen der Verworfenheit der Meinung derer, die ihn anstifteten, mehr aufwühlend wäre, als das Schicksal von Sacco und Vanzetti“. Dieser Artikel Levys übertrifft selbst die geschäftigsten Dekretartikel des „Vorwärts“. Zum Schluß greift Levy das Auswärtige Amt an, das sich nicht genügend für die drei Arbeiter, die in Rußland ins Gefängnis gebracht wurden, einsetzte! Levy betitelt diesen Artikel: „Das Ende eines Schwindels“. — Wahrlich, es ist das Ende eines Schwindels, des sozialdemokratisch-bürgerlichen Schwindels über den Schacht-Prozess, der vor der breitesten Öffentlichkeit entlarvt wurde.

## Gellert will auch im Arbeiter-Athletenbund halten!

Auf dem gegenwärtig in Dresden stattfindenden 9. Bundestag des Arbeiter-Athleten-Bundes versuchte der Vertreter des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Gellert, eine gleiche Spaltungspolitik zu provozieren wie in Leipzig.

Gellert trat in frecher, provozierender Weise auf. Er kam an Stelle des vorgezeichneten Sekretärs der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege. Mit „Stolz“ erfüllte ihn der Mandatsraub auf dem Leipziger Bundestag. Eine freche Provokation gegen den Genossen Biehl, der auch auf dieser Tagung sitzt, aber in Leipzig hinausgeworfen wurde, verfiel bei den Delegierten nicht. Gellert wurde oft durch Zwischenrufe unterbrochen und erhielt von den Delegierten die richtige Antwort. Als Gellert davon sprach, Berlin und Halle seien bald ein „großer Scherbenhaufen“, hagelte es Zurufe: „Spaltungsprovokateur“, „Leipziger Hausjunker“, „Spalter“ usw.

Um den Ansturm der oppositionellen Redner in der Diskussion zurückzuhalten, wurde beschlossen, zunächst nur einen Redner aus jedem Kreis sprechen zu lassen. Selbstein Berlin zeigte die Spaltungspolitik der SPD. in Berlin auf, Michelsen-Hamburg geißelte die Politik der SPD. gegenüber dem Arbeitersport. Redner aus Hamburg, Düsseldorf und anderen Orten sprachen sich in schärfster Weise gegen die SPD. aus, die in ihren Ortsparlamenten in vielen Fällen Unterstufungsanträge der Arbeitersportler ablehnten, den Bürgerlichen aber große Unterstufungsummen bewilligten. Löbe-Saargebiet machte interessante Mitteilungen. So hat ihm Bildung geschrieben, daß die Athleten aus dem Preußenfonds auch Geld erhalten, wenn die Leitung der Athleten im Saargebiet sich politisch der SPD. nähert! Im großen und ganzen war die Diskussion

beherrscht von der wichtigen entscheidenden Frage der Spaltungspolitik durch die reformistischen Führer. Auch die Frage der Verschmelzung mit dem Arbeiter-Turn- und Sportbund wurde lebhaft diskutiert. Aber das Ansehen des ATSB. war durch Gellert sehr kompromittiert worden. Trotz mehrerer Anträge, die für eine Verschmelzung sprachen, sprach nicht ein einziger Redner mehr dafür. Die Athleten bedankten sich für die Leipziger Scherbenpolitik.

## Helft den norwegischen Arbeitern in ihrem Kampf gegen das Zwangsschlichtungsgesetz

Seit einem Monat stehen die Buchdrucker und Bauarbeiter Norwegens in einem heldenhaften Kampf gegen die brutalen und einseitigen Urteile des Zwangsschlichtungsgesetzes. Die Unternehmer haben diesmal den Bogen überspannt. Sie haben mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen Lohnherabsetzungen von 12 bis 23 Prozent vorgeworfen, wobei sie sich auf die Wirtschaftsmittel des Staates, auf die „Dopplung der Gewerkschaften“, und darauf, daß sich die Arbeiter der Entschädigung des Gerichts fügen würden, verließen. Dabei haben sie sich allerdings schwer vertragen.

Die Arbeiter erhoben sich wie ein Mann und traten in den Aufstand, obwohl sie wußten, daß ihre Handlung mit Geldstrafen und Gefängnis beantwortet werden würde.

Gegen sich haben sie die ganzen Wirtschaftsmittel des Staates, Gericht, Polizei, Presse, Gefängnis, für sich aber das gesamte Klassenbewußte Proletariat.

Dieser Kampf hat eine große internationale Bedeutung. Ein Sieg der norwegischen Arbeiter in diesem Kampf ist gleichbedeutend mit einer Niederlage für das internationale Kapital in seinem Versuch, den Arbeitern ihr Koalitionsrecht, die Streikfreiheit, zu rauben. Jeder Arbeiter möge sich daher dessen bewußt sein, wieviel für das Proletariat auf dem Spiele steht und wie wichtig es ist, daß die norwegischen Arbeiter aus diesem Kampfe als Sieger hervorgehen.

Vor allem brauchen sie jetzt stürmische Hilfe, um so mehr, da das Gesetz den einzelstaatlichen Gewerkschaften verbietet, die Streikenden aus den Verbandslisten zu unterstreichen. Jeder, der den Streikenden nur eine einzige Krone gewährt, kann mit Gefängnis bis zu drei Monaten verurteilt werden, und daher ist die Hilfe aus dem Ausland doppelt nötig.

Die kommunistische Partei Schwedens hat beschlossen, die freiwillige Unterstützung der Streikenden in die Wege zu leiten. Wir haben uns als vorläufiges Ziel gesetzt, soviel aufzubringen, daß jeder Streikende in den Stand gesetzt wird, seinen monatlichen Mietzins zu zahlen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir uns gleichzeitig an die Arbeiter Schwedens, Dänemarks, Deutschlands, Englands und Frankreichs gewendet, und wir hoffen bestimmt, daß unsere Aktion den gewünschten Erfolg haben wird. Die aufzubringenden Mittel werden durch einen besonderen Abgesandten an die Streikenden übermittelt werden, unbeschadet der „Ordnungsmacht“ des norwegischen Justizministeriums. Wir werden nachher in der Arbeiterpresse jedes Landes genaue Berichte über die verwendeten Gelder ablegen. Schnelle Hilfe tut not!

Die eingesammelten Mittel sind zu senden an: Dverges kommunistiska parti, Box 239, Stockholm I.

Vornwärts zum Sieg der norwegischen Arbeiter! Es lebe die Solidarität des internationalen Proletariats!

Kommunistische Partei Schwedens  
Sektion der Komintern.  
Das Zentralkomitee.

## Kleine politische Nachrichten

Typhus in Siegburg. Köln, 9. Juli. Nunmehr scheint der Typhus auch auf Siegburg übergriffen zu haben. In zwei Familien, die aus dem Ort Algeri, in dem zuerst Typhuserkrankungen festgestellt worden waren, ihre Milch bezogen, erkrankten drei Kinder, so daß sie als typhusverdächtig ins Siegburger Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Die Zahl der wegen Typhusverdacht eingelieferten Personen hat sich damit auf 203 erhöht.

Mißglückter Ozeanflug Courtneys. Paris 9. Juli. Wie die Pariser Presse aus Horta unter dem 8. Juli Greenwicher Zeit meldet, stieg der englische Flieger Courtney 4.20 Uhr nach Montreal auf. Das Meer war ruhig, es wehte eine leichte Südbrise. Eine in letzter Stunde eingetroffene Meldung besagt, daß Courtney um 16.30 Uhr wieder nach Horta zurückkehrte.

# PASSAGIERE DER III. KLASSE Roman von Kurt Klüber

XXVII

„Bernd!“ rief der Krumme während des Abendessens zu dem Gedachten hinüber, „heute müssen wir noch Abschied feiern.“  
„Ja!“ sagte der Schotte und nickte dem Gedachten an, „einen lustigen Abschied.“  
„Ich küsse den Schnaps!“ hüpfelte der Franzose. Er versuchte zu lächeln und stand auf.  
„Ich küsse die Musik!“ Der Gedachte grünte. Er zog seine beste Klavierharmonika aus der Tasche.  
Die Männer gingen langsam nach oben.  
„Schweig!“ sagte der Däne, der neben dem Schotten saß.  
„Morgen bist du also wieder in England!“  
Der Schotte medierte auf. „Ja“, sagte er, „morgen spade ich, wenn ich ausspade, auf englisches Pflaster!“  
„Wohin bist du in England?“ Der Däne sah den Schotten an.  
Der Schotte medierte lauter. „Nein! Nein!“ antwortete er. „Ich habe in diesem Miliputanien, wo jeder Schuster und jeder Minister das Gefühl hat, daß er so weise und so geliebt ist, wie Salomo, weder auf etwas zu hoffen noch etwas zu verlieren!“  
Der Däne lachte mit. „Sieht es so schlimm aus in England?“  
„Es“, der Schotte verzog sein Gesicht, „und noch schlimmer! Das Schlimme aber ist, daß sich dieser kleine Dreckhaufen deswegen für den Dunge der Welt hält und glaubt, die Erde könnte nicht ohne ihn leben.“  
Der Däne verstand den Schotten nicht, er sperrte bloß den Mund auf. „Wahnen das alle?“ fragte er dann.  
„Jeder!“ antwortete der Schotte. „Sogar der Arbeiter. Ihre Verfahren haben die halbe Welt erobert, und nun glauben sie alle, sie werden wie die Landbesitzer, sie hätten das Privileg, auf diesen Erwerbungen sitzen zu bleiben, und sie möchten nichts weiter, als auf dieser Welt und auf der andern den lieben Gott spielen!“  
„Die Arbeiter sind aber tüchtige Kerle!“ wandte der Däne ein. „Sie haben eine große Partei und beinahe die größten Gewerkschaften!“  
„Ja!“ antwortete der Schotte und klaffte seine Hände zu-

ammen, „und die meisten Arbeitslosen, und die, die noch eine Arbeit haben, sitzen auch nicht im Paradies!“  
„Und woher kommt das?“  
Der Schotte wurde heftiger. „Weil die englischen Proleten glauben, ihre Partei- und ihre Gewerkschaftsführer sind ebenso weise und unfehlbar wie sie selber. Und da diese oberen Brüder nichts gegen die Armut und gegen die Arbeitslosigkeit tun, so sind nach ihrem Ermessen die Hebel überhaupt nicht aus dem Königreich zu bringen, und es kann nur das eine getan werden, man muß sie mit Würde und Heroismus ertragen!“  
Der Krumme, der hinter den beiden hergegangen war und die Worte des Schotten gehört hatte, wieherte wie ein Pferd und ließ seine dicke Zunge sehen. „Ho!“ krächzte er.  
„Stimmt das etwa nicht, was ich da gesagt habe?“ Der Schotte schmeckte sich herum und stieß dem Krummen in die Seite. „Wie die Krummen in der Kirche, so sitzt ihr Brüder doch in euren Gewerkschaften, und eure Drogen und Sekretäre sind auch heiliger und unantastbarer als den Katholiken die große Messe und der Papst!“  
Der Krumme zog sich etwas zurück. „Wir sperren den Mund ebenjeweils auf wie du, wenn wir in dieser Kirche sitzen!“ brummte er und ließ seine Zähne sehen.  
Diesmal wickerte der Schotte. „Ja, zum Halleluja und zum Amen! Weiter reicht es aber nie!“  
„Wird sich das nicht einmal ändern?“ fragte der Däne.  
„Heute und morgen nicht!“ Die Männer waren in den Tagesraum getreten, und der Schotte stellte sich groß vor den beiden andern auf.  
„Nein!“ sagte er lauter, „und wenn es auch einmal versucht! Zum Herbern steht den Großen und den Kleinen unter den englischen Arbeitern der Mut und die Kraft!“  
„Doch!“ krächzte der Krumme wieder.  
„Beißt du vielleicht einen?“ Der Schotte neigte sich und schob sich dem Krummen unter die Nase. Als der aber schwieg, wurde er böse. „Der steht denn an eurer Spitze!“ schrie er eine Oktave höher, „mentale Kerle, die einmal irgendwo ihr Mundwerk aufgerissen haben, um „Berechtigung“ zu plärren! Und das hat euch genügt, um sie ins Parlament zu schicken und an die Spitzen eurer Partei zu stellen. Aber warum auch nicht?“ Er richtete sich wieder auf. „Das Plärren und das Maulaufreißen ist ja das einzige, was ihr tut und was ihr euch getraut!“  
Der Krumme wackelte mit dem Kopf. „Als ob wir nicht auch häßlich und böse hätten. Wenn die Miner und die Eisenbahner, die Metallarbeiter und die Weber einmal aufmarschieren, wackelt das Land von einer Kräfte bis zur andern.“

Der Schotte öffnete dem Krummen nach. „Fäuste!“ wiederholte er. „Aufmarschieren! Wackeln! Als ob es ein englischer Arbeiter fertigbrächte, sich gegen seinen Staat zu empören! Der geht ihm über Bauch und Hirn, und er wagt kaum, die Fäuste in der Tasche zu halten!“  
„Unsere Parteien und unsere Gewerkschaften sind dir also ein Dreck!“ Der Krumme lächelte wie ein getretener Hund.  
Der Schotte war genau so geladen. „Nicht viel mehr! Warum habt ihr sie denn?“ fragte er. „Sie sind so groß, daß sie ihrem Königreich samt ihrem G. Org. den Hals umdrehen könnten. Aber was tun sie? Es genügt ihnen, daß sie da sind und daß sie überhaupt leben und leben dürfen. Was sollten sie auch mehr? Sozialismus! Freiheit! Revolution! Es könnte ihnen allerdings das Hungern nehmen und die Armut. Es könnte aber gleichzeitig der weißen Weste und der Herrlichkeit des Landes schaden, und ehe ein englischer Arbeiter sein eigenes Pflaster bespuckt, zieht er es vor, zu verhungern oder zu freipieren!“  
„Daß wir schon Arbeiterminister hatten und die halbe englische Kammer erobert haben, zählt bei dir wohl genau so wenig?“  
„Nicht einen Pfifferling!“ brüllte der Schotte bröhnend. „Besonders die Minister! Das ist nichts weiter, als Klimperzeug, das man euch an die Brust gehängt hat. Orden für treue Dienste! Schellen für eure Dummheit! Und ihr seid natürlich auf diesen Schwindel hereingefallen. Ihr habt euch diese Dinge um den Hals gehängt. Habt euch vor den Arbeitern der andern Staaten damit gebrüstet! — Ja, das habt ihr! Ihr seid damit herumgelaufen wie aufgeblasene Wiesenböcke!“  
Der Schotte mußte Atem schöpfen. Der Amerikaner, der Range, der Belgier und der Franzose, die schon länger den Streitenden zugehört, benutzten diese Pause und lachten hell auf.  
Der Schotte ließ sich aber nicht hören. Er belferte weiter. „Und das Parlament!“ rief er. „Ist euch das etwa schon von Nutzen gewesen? Daß da ein paar hundert Arbeitervertreter ihre Hosen auf den Staatsbänken wehen, hat dir weder einen Schilling noch einen Sonntagbraten eingebracht, — und du krummer Hund bist so arm geblieben, daß du noch jedes Jahr nach Amerika auswandern mußt, um nur wenigstens genügend Geld für Brot zusammenzukramen! Was soll das also bei mir zählen?“ Der Schotte sagte den Krummen mit beiden Händen an den Schultern und schüttelte ihn hin und her. „Nein, bevor ihr geliebten englischen Arbeiter nicht euren Nationalismus und eure Angst vor dem Andern wie ein altes Hemd von euren Leibe zerrt, wird bei euch auch nie etwas zu zählen sein!“

(Fortsetzung folgt)

# Oberschlesien

## Eine neue Mordtat bei Oppeln

### Mörder Walzer immer noch nicht dingfest

Die Kriminalpolizei gibt bekannt: Am 5. Juli, 23.30 Uhr, wurde der Landjägermeister Nagel, stationiert in Alzenau, Kreis Brieg, und der Gutsinspektor Kothler in Johndorf bei Stellung einer in Johndorf in einem Gehirnhäuschen sich aufhaltenden verdächtigen Person durch mehrere Schüsse, anscheinend abgegeben aus einem Trommelrevolver, schwer verletzt. Gutsinspektor Kothler ist seinen Verletzungen erlegen. Als Täter kommt der wegen Raubmordes und Stillschleissverbrechens gefuchte Josef Walzer, geboren 28. Oktober 1898 in Goslawitz, Kreis Oppeln, zuletzt in Goslawitz wohnhaft, in Frage. Der Täter ist schlüpfig. Beschreibung des Verbrechers: 1,78 bis 1,75 Meter groß, schlanke Figur, hageres und bartloses Gesicht, graugrüne Augen, dunkelblondes, langgeschleiertes Haar mit Anflug von Glatze am Scheitel, hohe Stirn, große schmale Nase mit starkem Nasenrücken, kleinen Mund. Auf der linken Wange über dem Jochbein hat er ein kleines, noch nicht erstengroßes Mütterchen. Der rechte Arm ist infolge Schußverletzung schlecht handlich. Kleidung: ein braunes Jackett, lange schwarze Hose mit kaum sichtbaren braunen Streifen, lange Schnürschuhe, blaueweisse gestreifte weiche Umlegehosen, dunkler Selbstbinder, welches Oberhemd, graue Klappmütze. Der Täter ist bei früheren Strafzügen auch unter dem Namen Josef Kirch, Stephan Kurlers und „Stephan“ Walzer aufgetreten. Sachdienliche Mitteilungen, die zur Ergreifung des flüchtigen Täters führen können, sind an die nächstgelegene Ortspolizeibehörde, die Landjägerei oder an die Staatsanwaltschaft in Brieg zu richten. Auf die Ergreifung hat der Regierungspräsident in Breslau tausend Mark Belohnung ausgesetzt.

Über die neuerliche Mordtat des Walzer werden folgende Einzelheiten bekannt: Der Landjäger von Johndorf hatte in Erfahrung gebracht, daß bei einer Frau Scholz auf dem Dominium ein fremder Mann sich aufhalte. Darauf machten sich der Landjäger Werner, Landjägermeister Nagel, der Gutsinspektor Kothler und der Nachtwächter auf den Weg — es war in der Nacht gegen 23.30 Uhr — um festzustellen, wer eigentlich dieser Fremdling sei. Nachdem sie durchs Fenster geschaut und in der Stube den fremden Mann sahen, gingen der Landjägermeister und der Inspektor in die Wohnung, wo sie die Tochter der Frau Scholz antraten, von dem fremden Manne aber nichts sahen. Der Nachtwächter und der Landjäger standen vor dem Hause Posten. Als sich dann die beiden Beamten umsahen, gewahrten sie in der ihrem Rücken zugekehrten Stube den fremden Mann, welcher auf die Aufforderung des Landjägermeisters „Hände hoch“ sofort drei Schüsse aus einem Trommelrevolver abfeuerte, von denen einer den Inspektor in den Kopf und die zwei anderen den Landjägermeister in die Brust und in den Hals trafen. Der Inspektor war einige Minuten darauf verstorben. In der nun entstandenen Aufregung floh der fremde Mann und hat noch auf die Draußenstehenden, auf den Landjäger und auf den Nachtwächter, einen Schuß abgegeben, der aber nicht traf. Die sofort nach dem Doppelmörder ausgenommene Verfolgungsjagd blieb ohne Erfolg.

Der Fall Walzer ist ein eklatantes Beispiel dafür, wie unfähig die Polizei zur Bekämpfung wirklicher Verbrecher ist. Desto fähiger ist sie als Organ des Staates zur Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung.

### Gleiwitz

Der Arbeitsmarkt. Der städtische Pressedienst Gleiwitz teilt uns unter anderem mit: Wenn auch der amtliche Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises für den Stadt- und Landkreis Gleiwitz im letzten Wochenbericht von einer Verschlechterung der Marktlage spricht, so steht doch zu erwarten, daß die neue Woche wohl kaum in der Lage sein wird, die notwendigen Kräfte entsprechend den Anforderungen der Arbeitgeber zu stellen. Sind doch infolge der Unwetterkatastrophe Vermühtungen schlimmster Art im Stadt- und Landkreis angerichtet worden, zu deren Beseitigung gelernte und ungelernete Kräfte in ganz außerordentlich hoher Zahl notwendig sind. Durch die abgedeckten Häuser sind viele Familien obdachlos geworden, die man im Stadtkreis in den Schulgebäuden untergebracht hat. Bei den zuständigen Stellen sind Anträge auf Beihilfen gestellt worden und es steht zu erwarten, daß die Regierung in Anbetracht der Notlage schnelle Hilfe den Kommunen zuteil werden lassen wird. (7) Dann ist es möglich, mit größter Energie an die Beseitigung der Schäden heranzugehen und die Arbeitslosen der produktiven Arbeitsloosensfürsorge zuzuführen. Aus dem amtlichen Bericht selbst ist zu entnehmen, daß Entlassungen aus verschiedenen Kleinbetrieben, und ferner, daß größere Angestelltenentlassungen in der letzten Betriebswoche vorgekommen sind. Die Arbeitsmarktlage hat sich in der letzten Woche verschlechtert.

## Diebstahl des Oskar

Der Diebling der schlesischen Sozialdemokraten, der Quasellbuden-auffeher und Hünfeldverbrecher Paul Böbe hat unserem Genossen Leo einen Mannsfluß angedroht, weil der ein Stück Seife auf den Tisch des Rednerhauses gelegt hatte. Die „Vollstreckung“, die diesen Vorfall mit Benützung ihrer Kisten meldete, vergaß dabei, humorlos wie sie nun einmal ist, die Pointe, nämlich, daß dieses Stück Seife ein Rest jener Künstler-Wahlseife war, mit der die Sozialdemokratie ihre Wählerhaft eingeseift hat. „Klassenkampf“ wurde den Wählern versprochen, während man sich jetzt damit begnügt, nach alter reformistischer Manier zu müllern. Natürlich ist auch dem gutgläubigsten und langmütigsten SPD-Wähler inzwischen klar geworden, daß diese ganze saule Müllerei kein gutes Ende nehmen kann. Jedenfalls nicht für die werktätige Bevölkerung, denn darauf deutet ja schon der Umstand hin, daß der Schwerindustrie „Generale“ in den höchsten Tönen die „Lüge zurückhalten“ preist, die sich die sozialdemokratischen Regierer auferlegen. — Scheinbar beginnt man auch in der Redaktion der „Kommunisten“ auf der Hutstraße zu fühlen, daß die Fische für die Regierer der „Großen Koalition der — hm — Persönlichkeiten“, für deren Zustandekommen Herr Kramol zuständig in seinem Blatt mit dem eifrigsten Eifer eines frommen Janaklers gebetet hatte, das werktätige Volk zu zahlen haben wird. Darum sind die Frändeflaphrategen eifrig bemüht, ein Beschäftigungsmittel ausfindig zu machen, das den Groll der empörten Wähler zu mildern imstande ist. Etwas hat man inzwischen schon ausgedacht, was geeignet sein soll, den SPD-Gläubigen zu jenem „Glück“ zu verhelfen, von dem Paul Böbe seinerzeit bei der „Internationalen Kundgebung“ vor der Jahrhunderthalle mit verzücktem Augenblick geschwärmt hatte. Dieses „Glück“ soll nun herbeigezaubert werden,

Die Arbeitslosenregisterliste liegt von 2161 auf 2458 Köpfe. Durch das ausnahmsfähige Hoch- und Tiefbaugewerbe ist die Hauptunterstützungslieferer von 1287 auf 1116 herabgedrückt worden. Eine wesentliche Verringerung in der Lage der produktiven Arbeitsloosensfürsorge hat in dieser Berichtswoche nicht stattgefunden. Die Zahl der Postkassenarbeiter ist um 41 gestiegen und beträgt jetzt 1416 Mann. Der jetzige Stand in der werktätigen Arbeitsloosensfürsorge hat das Vierfache im Vergleich zum Vorjahre überlegen.

Oberbürgermeister Dr. Geisler beurlaubt. Oberbürgermeister Dr. Geisler hat seinen Sommerurlaub angetreten und wird während dieser Zeit von Bürgermeister Dr. Goldschmidt vertreten.

Schwerer Unfall. In der Bergwerkstraße stürzte ein Arbeiter von einem Wagen herab auf den Schienenstrang. Ein Wagen fuhr ihm über die Brust und verletzte ihn schwer.

### Beuthen

Ganggranatenwurf gegen ein Teppichhaus. In der Nacht zu Sonnabend wurde auf das Teppichhaus Bachsmann eine Handgranate geschleudert. Die Schaufensterscheiben wurden zertrümmert und die Ladentür herausgerissen.

### Neustadt

Ein Lebensretter. Bei Deutsch-Rastwitz in der Hohenploh ging ein junger Mann aus Leobschütz beim Baden unter. Ein Wasserlehrer, der ihn retten wollte, wurde von ihm so umklammert, daß er selbst in Lebensgefahr kam. Mutig sprang ein Bürolehrer hinzu und rettete beide.

### Oppeln

#### Verammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Am Freitag kamen die Verbandskollegen wieder einmal zu einer Versammlung zusammen. Kollege Kalus gab den Kassenbericht, an dem nichts auszusetzen war. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Kollege Kersch in von der Gauleitung gab für den nicht zur Versammlung erschienenen Oppelner Delegierten, Kollegen Marzall, Bericht von der Gauleitung am 6. Mai und ging gleich kurz auf den Verbandstag über. Kollege Schulz sprach zu den auf dem Verbandstag zu behandelnden Fragen der Beitragserhöhung und der Zusammenlegung von Filialen zu größeren Gruppen mit einem Antrag. Der Beitragserhöhung werden die Kollegen nur zustimmen, wenn die Organisation beweist, daß dieses Geld nur zu kämpfen

für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Gemeinde- und Staatsarbeiter verwandt wird. Kollege Kersch in verließ dieses und ging noch auf kleine Fragen der Diskussion ein. Entschieden zum Verbandstag konnten nur bis 30. Juni gestellt werden, und das hat man bei uns durch Verschieben der Versammlung bis nach dem 30. Juni zu verhindern gewußt. Unter Punkt Verschiedenes wurden bestimmte Fragen behandelt, aus denen zu ersehen war, daß die Stadtverwaltung in ihren Betrieben die Arbeiter betrügt, wo sie nur kann. Eine bessere Schlichtung unserer Betriebsräte wird diesen Manieren der Stadt bald ein Ende setzen können. Die Organisation geht vorwärts und wird noch weiter vorwärts gehen und das Volkswort gegen die Ausbeuter jedem Einem gemessen sein lassen.

Nichtstramm. In Nummer 91 unserer Zeitung besprachen wir eine Angelegenheit des Staats- und Gemeindefürsorgeverbandes. Da einige falsche Schlussfolgerungen daraus gezogen wurden, wollen wir heute noch richtigstellen. Der Kassierer des Verbandes, Kollege Kalus, ist ein alter ehrlicher und willkommener einwandfreier Kollege, dem die Kollegen ihr völliges Vertrauen entgegenbringen. Der damalige Fall bezog sich nur auf einen Unterkasserer, der aber inzwischen beigelegt ist.

Können Sie nicht stramm gehen? Zwei Jungarbeiter traten vorige Woche aus dem Jungarbeiterklub aus. Warum? Sie haben erkannt, daß sie nur von einigen Fäulern mißbraucht werden. Der Jungarbeiterklub Marzall bekam eines Tages sehr trüben einen Brief von einem Kameraden besserer Herkunft. Er mußte sich sofort äußern lassen. Er möchte sich bei einem Führer, einem gewissen Sie mens, beschweren. Da kommt er aber schon an: „Können Sie nicht stramm gehen?“ wird er angefaßt, und noch andere solcher Liebeswürdigkeiten lassen ihn nicht zu seinem Rechte kommen. Der junge Prolet und gleich darauf sein Freund erkannten, in was für einer Knechteorganisation sie waren und ließen sofort dem Jungarbeiterklub den Rücken. Alle Arbeiter im Jung- und Arbeiterklub wählen sofort das gleiche tun! Soll die bornierte Führerklasse allein stramm gehen?

Vollstreckung des ASB. Im Rahmen einer Verlosung zugunsten der Anschaffung eines Kleintransporters veranstaltete die Arbeiter-Samariter-Kolonie am Sonntag ein Vollstreckung. Gewerkschaftler und Arbeiterkollegen füllten den „Vergärtner“. Bei dem Konzert der Schalmelentapelle des ASB. flogen die Stunden nur so hin. Am Abend stieg die Verlosung, die gute und nützliche Gegenstände für die Gewinner brachte. Die nichtabgeholtten Gewinnnummern werden wie in den nächsten Tagen an dieser Stelle veröffentlicht.

Im Mühlbach ertrunken ist der 18jährige Köpfelehrling Richard Konietzko. Er badete in Kempa an einer tiefen Stelle des Bades und ging unter.

Selbstmord beging der 36 Jahre alte Arbeiter Lauer, indem er seine Kleider mit Spiritus begoß und sie dann in Brand setzte. Seinen schweren Verbrennungen erlag er im Krankenhaus.

Roter Frontkämpferbund. Sonntag, den 16. Juli, Ausmarsch nach Czarnowanz, Gasthaus „Zur Waldesruh“, Auftreten aller Kameraden 14 Uhr am Wilhelmplatz.



Rettungsmannschaften für die von Robke im Stich gelassenen „Italia“-Mannschaften auf dem russischen Eisbrecher „Krasin“

ohne daß der Genosse Kersch in mit seinem Stab der Kompromiß-Köpfe deswegen bemüht zu werden braucht. Wie dieses Wunder vor sich geht, darüber erteilt ein herziger Poet in der „Vollstreckung“ vom letzten Donnerstag wie folgt Auskunft:

„Zur „Vollstreckung“ nur stürze,  
Gib schnell dort auf ein kleines Inzerat,  
Und wieder lachst in aller Kürze  
Des Lebens Glück für diese kluge Tat.“

Dieser lyrische Hymnus deutet darauf hin, daß ein neues Dichtergenie seinen Pegasus in dem Lattenfall auf der Hutstraße tummelt. Denn daß Herr Hugo Frey, der Antimierpoet der Gema, der Autor dieser Schönheitsgeschwängerten Reime sein könnte, darf als ausgeschlossen gelten, da derselbe jetzt damit voll beschäftigt ist, seinen Porzellanladen zu „rationalisieren“, um durch die von der Sozialdemokratie geplante Gewerbesteuerheraufsetzung nicht geschädigt zu werden. Von Reinhold Dars wird der Vierzeller auch nicht sein, denn „Reba“ läßt seine schon etwas ästhetische Veier nur noch bei Veranstaltungen des „Reichsbanner“ und des „Deutschen Autolub“ ertönen. Vielleicht stammt der schaurig-schöne Vers gar von Herrn Krumm, dem ja kürzlich erst eine dichterische Ader geplagt ist, als er versuchte, seinen großen Netzer über die Sache mit Hermann Müller in Gedichtform abzutrageln, er sich dann entschied, sich in Prosa den Kummer vom Herzen zu schreiben. Oder sollte Albert Kramol...? Albert kann doch alles — warum nicht auch dichten? Gerade er ist dazu berufen, des Lebens „Glück“ in Reimen auszusprechen, er, der ach, so weise, Literaturlenker, dieser „Gabsonne-im-Herzen-Regenzeit“ unter den Breslauer Theaterkritikern! Sollte Albert Kramol wirklich der Autor sein, dann möchten wir ihm raten, mit dem Vers für den nächstjährigen Nobelpreis zu kandidieren. Karl Sternheim, der bedeutendste zeitgenössische Komödienschreiber, dem Albert am Runden erst kürzlich seine geringe Schätzung ausgesprochen hat, würde vor Reiz erblaffen. ...

Seidem die „Vollstreckung“ wieder Regierungsblatt gemorden ist, hält sie es für eine Notwendigkeit, sich die „Habitués“ Alären aus der Wahlkampfzeit schleunigst abzugewöhnen, um wie einst salon- und hochfähig zu sein. Aus diesem Bestreben heraus ist auch das Bild zu erklären, welches sie am 6. Juli unter der Bezeichnung „Der Vergärtner in Hoggala“ veröffentlichte. Man sah da einen wohlgenährten Herrn in Hülinder, Frad, feidener Anlethofe, Lackshufen und weißen Handschuhen, von dem eine Erklärung sagte, es handle sich um den englischen Vergärtner Mr. Rowland, Vizepräsident einer der großen Arbeiterorganisationen, der kürzlich vom König von England im Buckingham Palace in „Aublenz“ empfangen worden sei. Wahrscheinlich will die „Vollstreckung“ damit den Waldenbutger und oberchlesischen Kumpels sagen: „Seht ihr, wenn man euch auch Lohnerrhöhungen verweigert, wenn man euch auch neun oder zehn Stunden schüsten läßt und euch auf die Straße setzt, wenn es die „Nationalisierung“ erfordert — so bleibt euch doch der Tropf, daß wir es heute durch die legendreiche Demokratie, durch das „Müllern“, schon so herrlich weit gebracht haben, daß ein leibhaftiger König einem „Vergärtner“ allergnädigst zu gestatten gerührt, vor ihm in einem affigen Hofschrangenkostüm herumzulabudeln.“ Es ist erhaben, was die „Vollstreckung“ ihrer Leserschaft alles vorsetzen darf. Das Bild des als Hoflakai aufgeküpften „Vergärtner“ Rowland muß selbst Arbeiter, der auch nur über ein Fünftel Klaffengeßel verfügt, als freche Verhöhnung auffassen. Es zeigt gleichzeitig, wie völlig inkonsequent diese „Vollstreckung“ „Marzall“ geworden sind. Wie unter dem Kopf der konservativen „Kreuzzeitung“ zu lesen ist, so sollte unter dem Kopf der „Vollstreckung“ zu lesen sein:

Durch Inzerat zum Glück!  
Mit Frad und Lad zum Sozialismus!

Wahrlich, die sozialdemokratische Vermirrung ist groß und krankhaft!  
Ist ihr Prophet!

# Das Schwert der Revolution

Als am 11. März d. J. die ersten Nachrichten von der Aufdeckung einer großartigen konterrevolutionären Verschwörung im schwarzen Herz der sozialistischen Industrie der Sowjetunion bekannt wurden, war die bürgerliche und sozialdemokratische Presse, ohne den leisesten Schimmer des Tatbestandes zu kennen, mit ihrem Urteil sofort bei der Hand: „Vollschweiserschwindel, Ablenkungsmanöver, Schwarzjeherei.“ Die Melodie war bekannt. So oft die Sowjetregierung auf feindliche Mächte ihrer kapitalistischen Feinde hinweist, die Kräfte, Blodade- und Interventionspläne der Imperialisten aufdeckt, um sie zu stören und die Werkstätten inner- und außerhalb des Arbeiterstaates zur Vereitelung dieser Pläne aufzurufen, löst es aus dem bürgerlichen Pressewald und den imperialistischen Regierungskanzleien wie eine ausgespielte Walze: alles Schwindel, Gott bewahre, wer denkt an so etwas? Niemand will dem Sowjetstaat Böses antun.

Diese regelmäßige Ablenkung der feindlichen Absichten, ihre Maskierung durch wohlwollende Friedensphrasen ist ein wesentlicher Bestandteil der Angriffspläne selbst. Die kapitalistische Welt kann ihre Vorbereitungen ungehindert nur treffen, wenn sie die Werkstätten von ihrer Harmlosigkeit und Friedfertigkeit überzeugt. Am lautesten im eigenen kapitalistischen Angriffsländchen auf den proletarischen Staat ist stets die sozialdemokratische Führerschaft. Mit dieser Verhöhnung der Massen schafft sie eine der wichtigsten Vorbedingungen der imperialistischen Pläne, gegen Wegbereiter und Unterführer sie in ihrem blinden Haß gegen den Vollschweiserschwindel, in ihrer völligen Uebereinstimmung mit der Gesamtpolitik des Kapitals ist.

Ein für die internationale Arbeiterchaft wesentliches Ergebnis der wochenlangen Moskauer Prozeßverhandlungen ist deshalb der lückenlose und unbestreitbare, konkret erbrachte Beweis für das Bestehen konterrevolutionärer, feindlich-imperialistischer Angriffspläne auf den Staat des Sozialismus. Daß dieser Beweis erbracht ist, magt nicht einmal die bürgerliche Presse mehr zu leugnen. Um zu retten, was zu retten ist, unternimmt sie höchstens nur den Versuch, Ausmaß und Bedeutung der bis in alle Einzelheiten bloßgelegten Verschwörerorganisation zu verkleinern.

Ohne etwa in Gelsenstahlerlei oder Uebertreibungen zu verfallen, hat dagegen die proletarische Öffentlichkeit das allergrößte Interesse, sich ganz nüchtern zu vergegenwärtigen, was dieser Prozeß zutage gefördert hat. Nicht oft bietet sich der arbeitenden Masse eine solche Gelegenheit, in die Verhältnisse des Klassenfeindes Einblick zu gewinnen. Imperialistische Regierungsmänner und Generale schmeiden ihre teuflischen Pläne ebensjo hinter streng verschlossenen Türen, wie die Großmächte der Börse und des Finanzkapitals. Hier aber wurde diese Tür einmal von rücksichtslosen Häupten eines siegreichen Proletariats aufgerissen. Wie die Veröffentlichung der zaristischen Geheimarchive durch das siegreiche russische Proletariat die Vergangenheit beleuchtete, so enthüllte diese Prozeßverhandlung einen Abschnitt, einen verhältnismäßig kleinen, aber doch bedeutsamen Abschnitt der Gegenwart und der Zukunftspläne der Imperialisten!

Der Prozeß erbrachte den Beweis der Pläne und Methoden der Konterrevolution auf der Wirtschaftsfrent. Millionen Arbeiter in und außerhalb der Sowjetunion werden nunmehr an das Bestehen solcher Pläne nicht nur glauben, sondern um sie wissen. Dieses Wissen muß den Willen der Arbeitermillionen, dem heimtückischen Feind des Arbeiterstaates auf die Finger zu schauen, seine Pläne zu vereiteln, sich schützend vor den Staat des sozialistischen Aufbaues zu stellen, hählen und vervielfachen.

Das ist das erste Ergebnis des Prozesses, den die Feinde der Arbeiterklasse mit Recht fürchteten. Deshalb fühlte sich

die Bourgeoisie aller Länder von der gewissenhaften, bis in die kleinsten Einzelheiten gehenden Untersuchungsmethode betroffen. Dieses Ergebnis des Prozesses muß von uns Kommunisten verbreitert und vertieft werden. Unsere sozialdemokratischen Arbeitskollegen schenken vielfach noch immer den Beteuerungen Glauben, gegen den Sowjetstaat beständen keine Angriffspläne. An Hand dieses Prozesses werden wir sie von der Unrichtigkeit ihrer leichtgläubigen, gefährlichen Auffassung überzeugen.

Was hat der Prozeß erwiesen? Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse antwortet darauf mit einem leichten Achselzucken: nun gut, er hat die Verfehlungen einiger korrupter Angestellten erwiesen. Was ist schon weiter dabei? So was kommt doch überall täglich vor. Eine solche Betrachtungsweise lenkt vom Kern der Frage ab. Nicht das Verfehlen einzelner wurde aufgedeckt, denn nicht einzelne sahen auf der Anklagebank. Auf der Anklagebank saßen vielmehr einige gefasste Glieder einer großen Organisation, eines Systems, das mit seinen Fasern und Fangarmen von zaristischen Weißgardisten bis zu den Regierungsstellen kapitalistischer Großmächte reicht. Das photographisch genaue Bild des Prozesses fing einen Ausschnitt der ganzen kapitalistischen, konterrevolutionären Welt ein. Sie sah, durch ihre erlappten Agenten vertreten, auf der Anklagebank!

Die imperialistische Weltpolitik befindet sich zwischen zwei Wellen der kriegerischen Intervention. Die erste Welle wurde vom russischen Proletariat siegreich abgeschlagen. Nach unsäglichem Leiden und Entbehrungen ging es an den Ausbau seiner sozialistischen Wirtschaft heran. Nun wird die zweite Welle der Intervention nicht nur in den diplomatischen und militärischen Geheimkanzleien, sondern auch durch eine unmittelbare Wühlarbeit gegen die sozialistische Wirtschaft vorbereitet. In Paris, Berlin und Warschau versammelten Weißgardisten, vertriebene Profitmacher tun sich mit kapitalistischen Regierungsstellen und Industriestriemen zusammen, um den mühsam in Gang gesetzten proletarischen Wirtschaftsaufbau zu untergraben, großartige Pläne nicht für die Produktion, sondern gegen die Produktion auszuarbeiten. Vergegen sind die kapitalistischen „Moralbegriffe“ von der „Heiligkeit der Arbeit“, der „Produktion über alles“, wenn diese Arbeit und Produktion nicht mehr dem Profit, sondern der werktätigen Allgemeinheit dient.

Aus dem Verlauf des Prozesses und dem Urteil ergeben sich für uns noch weitere, bedeutsame Lehren, erfreuliche Lehren von der Festigkeit und Unererschütterlichkeit der proletarischen Macht. Seit Jahren wählten die weißgardistischen Maulwürfe nach genauen Plänen gegen die Sowjetwirtschaft. Fähige, erstklassige Fachleute, die sich auf das Zerflören verstanden, wie sie sich auf die Profitmacherei im Interesse des Kapitals verstanden haben. Mit allen technischen Kenntnissen einer bürgerlichen Fachkultur ausgerüstet, reichlichen Mitteln versehen, von den mächtigsten Gönnern der kapitalistischen Welt unterstützt. Sie verachteten zeitweilig die noch in der Ausübung der Macht und der Führung und Organisierung der Wirtschaft unerfahrenen Proletarier geschickt zu überdüpeln, zu überlisten. Die siegreiche Arbeiterklasse ist ihnen, den versteckten Feinden gegenüber, oft allzu leichtgläubig. Ihre ehemaligen Schandtatzen werden ihnen verziehen, wenn sie nur ehrlich arbeiten, denn das siegreiche Proletariat ist nicht rachsüchtig. Ihr Dank dafür ist — gemäß der kapitalistischen Moral — der heimliche Kampf gegen ihre Auftraggeber, planmäßig, zielrelang. Und doch vermochten sie nicht viel auszurichten, ihren weißgardistischen Auftraggebern keine großen Erfolge der Zerstörungsbauarbeit zu berichten. All ihre Anstrengungen vermochten den sozialistischen Aufbau nicht aufzuhalten. Der sozialistische Plan des Aufbaus triumphierte über den kapitalistischen Plan der Zerstörung. Die lebendigen jungen Kräfte des Sozialis-

mus erwiesen sich stärker als die „alterproben“, vom internationalen Kapital eingesetzten Kräfte der Zerstörung. Die Konterrevolution vermag den Sozialismus zu hemmen, seinen Siegeslauf zu verlangsamen, aufhalten oder zerflören läßt er sich nicht mehr.

Der öffentliche Ankläger im Namen des siegreichen Proletariats, Genosse Krylenko, erklärte in seiner Anklagerede: „Wir wollen unseren Klassenfeinden, wo immer sie auch flühen mögen, beweisen, daß die Sowjetunion über genügende Kraft verfügt, um ihre Feinde zu bekämpfen, und daß es der proletarische Staat beileibe nicht verlernt hat, wie man mit dem Klassenfeind abrechnet!“

In der Tat, worauf spekulierten die kapitalistischen Regierungen, als sie vor dem Prozeß ihrer Presse die Anklage gaben, gegen die Sowjetjustiz mit Drohfreden und Verdächtigungen auszumarschieren? Sie dachten sich, die Sowjetunion werde vor solchen Drohungen Angst bekommen, vor dem Klassenfeind den Rückzug antreten. Sie habeten sich geirrt. Weber ist die Sowjetmacht „kapitalistisch entartet“, daß sie nicht die revolutionäre Kraft ausbrachte, ihre Feinde aufs Haupt zu schlagen. Noch ist sie „durch innere Schwierigkeiten geschwächt“, daß sie es nötig hätte, bei den imperialistischen Regierungen um gutes Wetter zu bitten. Nicht die Sowjetunion, der kapitalistische Feind hat in diesem Prozeß den Rückzug angetreten. Die Angeklagten, von denen die kapitalistische Welt ein „stolzes Bekenntnis zu ihren Taten“ erwartete, wichen zurück, leugneten und bekannnten die Festigkeit der proletarischen Macht. Als die Erpressungsversuche der kapitalistischen Welt im Interesse der Angeklagten am Widerstand der Sowjetmacht zusammenbrachen und die Angeklagten jede Hoffnung auf „Hilfe von außen“ fahren lassen mußten, brachen auch sie, die Repräsentanten des Klassenfeindes, kraftlos und selge zusammen. Die Sowjetmacht hat bewiesen, daß sie die revolutionäre Kraft besitzt, jeden Anschlag abzuwehren, weil sie sich auf die Millionen Arbeiter und werktätiger Bauern stützt.

Diese Seite des Prozesses ist für jeden Klassenbewußten Arbeiter erhebend. Was in Moskau vor sich ging, war Politisch im reinsten Sinne des Wortes. Das werktätige Volk urteilte über seine Widersacher. Urteile der Klassenjustiz in der bürgerlichen Republik werden mit der heuchlerischen Phrase gesprochen: „Im Namen des Volkes!“ Wo aber ist das Volk, das diese Urteile gutheißt? In Moskau dagegen war dieser Prozeß eine Sache des Volkes, das den Verhandlungen wochenlang atemlos folgte, sich zu dem Beratungssaal drängte, um die Zeitungsberichte zu lesen. Sensationslust? O, die russischen Arbeiter und Bauern haben in den Jahren des Aufstandes, des Bürgerkrieges und der Interventionskriege schon andere „Sensationen“ erlebt, der bürgerliche Schmod mißt sie mit dem Maßstab seiner eigenen Binsigkeit, wenn er ihnen solche zuschiebt. Sensationslust? Nein, das Interesse an der Sache, am Schicksal des eigenen Staates, das Interesse an diesem Abschnitt des revolutionären Klassenkampfes, der nicht die Sache einiger Richter war, sondern die der ganzen Arbeiterchaft, indem auf der einen Seite die Werkstätten, auf der andern die Konterrevolution stehen. Ein Abschnitt des Kampfes ist abgeschlossen, der Kampf selbst geht aber in tausend Formen weiter, in der Sowjetunion sowohl, wie in der ganzen Welt.

Die Lehren, die die Arbeiterchaft der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt aus dem Prozeß ziehen, werden uns befähigen, diesen Kampf gegen alle Feinde des Arbeiterstaates und unsere Klasse überhaupt besser, folgerichtiger, energischer zu führen. Wir haben den Feind besser kennengelernt, aber auch unsere eigene Klassenmacht gefühlt. Mit dem Gefühl brüderlicher, heißer Solidarität für das sozialistische Aufbauwert der russischen Werkstätten geloben wir, die deutsche Arbeiterklasse zur Verteidigung des Arbeiterstaates gegen seine Feinde zu sammeln!

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne  
**Breslau**  
Telephon Nr. 36300

Täglich 20 Uhr

**Gwelyne**

Sie verdienen Sie täglich

10 Mark mit Schürzenkel  
Nur persönl. kommen

**Reste**  
in Serge, Kette, Leinwand, Neuwollstoffe, Rohseide, Damast, Kord, alle sehr billig prima Ware

**Detail und Export**  
**Börth. Lippert**  
Breslau  
Friedrichstraße 16  
Filiale: Oberstr. 17  
Waldberggasse 43

**Führer durch die Geschäftswelt**

**Breslau-Ost**

Angenehmes Familienlokal <b>Franz Brückner</b> Ofener Straße 23 81646	<b>Otto Bornschein</b> Kolonialwaren Löschstrasse 11 Telephon 40560 81647	Jeder Arbeiter kauft gut u. preiswert in der Bäckerei von <b>Herrmann</b> Brockauer Str. 16 81651	Blumenghaus für Freund u. Leid <b>Emma Adler</b> Tanzentzlenstr. 165 81641
Jeder Arbeiter kauft gut u. preiswert in der Feinbäckerei <b>H. Dziallas</b> Ernststraße 4 81648	Angenehmes Familienlokal <b>Rudolf Peche</b> Brüderstraße 24 81650	Spezialgeschäft <b>Kurt Röhl</b> Borwertstr. 75 81638	Angenehmes Familienlokal <b>Wolffs Gaststätte</b> Königsplatz Köke Tanzentzlenstr. 81620

**Breslau-Süd**

Angenehmes Familienlokal <b>F. Mittwoch</b> Sadowastraße 26 81643	<b>Möbel auf Teilzahlung</b> bei <b>Fahnroth</b> , Neudorfstr. 13 81644
--	---

**Breslau-Zentrum**

Allerfeinste Anzugs- u. Mehle Kolonialwaren <b>Hermann Berger</b> Roterplatz 13 81640	<b>Brot-, Weiß- und Feinbäckerei</b> <b>Albert Seifert</b> Habenstraße 41 81639	„Betfedern“ neuzeitl. Reinigung <b>Dutsche</b> Margaretenstr. 15 (Hofgebäude) 81633	Jeder Arbeiter kauft gut und preiswert in der Fleischerei von <b>Karl Morawe</b> Malergasse 23-24 81625
<b>Weinbrand</b> Rum = Liköre <b>D. Kochmann</b> Weidenstrasse 25 81645	<b>Schubhaus Kloss</b> Breite Straße 21 Maß- u. Reparatur- Werkstatt Reell u. preiswert 81642	Jeder Arbeiter kauft reell und preiswert in der Fleischerei von <b>Wilhelm Jödel</b> Hummerei 29 81630	

**Pfänder-Auktion**  
Donnerstag den 12. Juli  
**Leihhaus Grundmann**  
Trebntzer Str. 21

**Alkohol-Entwöhnung** unauffällige, ohne Wissen, da „Expotal“ geschmacklos u. unschädlich. Kl. P. M. 4.—, gr. P. M. 6.—. Erhältlich in d. Apotheken, falls nicht, wende man sich an Apotheker W. Lübke, Berlin NW 7, Mittelstraße 24

**Ämtliche Bekanntmachungen von Dittersbach**  
Öffentliche Mahnung  
Folgende Steuern und Abgaben sind fällig:  
am 10. Juli 1928: Biersteuer für Monat Juni;  
am 15. Juli 1928: Grundvermögenssteuer, Hauszinssteuer, Gemeindegrundvermögenssteuer, Hundesteuer für Monat Juli und die Krankentassen- pp. Beiträge für Monat Juni 1928.  
Die Schonfristen sind weggefallen. Bei unpünktl. Zahlung erfolgt zwanngsweise Einziehung unter Erhebung der gesetzlichen Verzugszinsen.  
Dittersbach, den 7. Juli 1928  
Der Gemeindevorsteher  
J. B. Seigler

**Ämtliche Bekanntmachung von Weißstein**  
Öffentliche Ausschreibung.  
Zum Neubau zweier Sechsfamilienhäuser in Weißstein in der Hochwaldsiedlung wird hiermit die Vergebung folgender Arbeiten öffentlich ausgeschrieben:  
a) Erd- und Maurerarbeiten,  
b) Zimmerarbeiten,  
c) Tischlerarbeiten,  
d) Dachdeckerarbeiten,  
e) Klempnerarbeiten,  
f) Wasser- und Entwässerungsanlage,  
g) Ofenarbeiten,  
h) elektrische Installationsarbeiten,  
i) Malerarbeiten.  
Die Angebotsvorbrude können, soweit der Vorrat reicht, im hiesigen Gemeinde-Bauamt gegen Erstattung von 2 Mark Gebühren für die Ausschreibungsunterlagen a und b und gegen Erstattung einer Gebühr von 1 Mark bei allen übrigen Angebotsunterlagen abgeholt werden. Sonstige Verdingungsunterlagen wie Zeichnungen, allgemeine Vertragsbedingungen und technische Vorschriften für Bauleistungen liegen im hiesigen Gemeinde-Bauamt zur Einsicht aus. Die Angebote sind mit entsprechender Aufschrift bis 17. Juli 1928 vormittags 9 Uhr zurückzuführen, wo zur selben Zeit der Reihe nach, wie oben angeführt, Öffnung und Bekanntgabe der Angebote erfolgt.  
Ausführungszeit August-Dezember 1928.  
Zuschlagsfrist bis 31. Juli 1928.  
Weißstein, den 9. Juli 1928.  
Der Gemeindevorsteher  
gez. Hertwig

Die Lohnsummensteuererklärungen für das Vierteljahr April-Juni 1928 sind bis zum 15. Juli 1928 bei der hiesigen Steuerverwaltung abzugeben. Zur Abgabe der Steuererklärung sind sämtliche Steuerpflichtigen verpflichtet, die in der obengenannten Zeit Arbeitnehmer beschäftigt haben. Diejenigen Steuerpflichtigen, die bis zum 10. Juli 1928 ein Formular zur Abgabe der Steuererklärung nicht zugeföhrt erhalten haben, sind verpflichtet, sich ein solches in unserer Steuerverwaltung, Zimmer Nr. 5 des Rathhauses, abzuholen.  
Die Zahlung der Lohnsummensteuer hat gleichfalls bis zum 15. Juli 1928 bei unserer Gemeinde-Haupt- und -Steuerkasse unter Abgabe der Erklärung zu erfolgen.  
Dittersbach, den 7. Juli 1928  
Der Gemeindevorsteher  
L. B. Seigler, Schöffe

# Englands Flotte in der Ostsee Eine Demonstration gegen die Sowjetunion

Von Remo

Die in der letzten Zeit gesteigerte diplomatische Aktivität Englands in Osteuropa wird durch die englische Flottendemonstration in der Ostsee besonders scharf unterstrichen. Das zweite englische Kreuzergeschwader sowie die letzte Zerstörerflottille haben im Laufe des Monats Juli sämtliche Anliegerstaaten der Ostsee und ihrer Zugänge mit einem Besuch bedacht, wobei zum ersten Male nach dem Kriege auch ein deutscher Hafen angelaufen wurde. Nicht nur Helsingfors, Viborg, Riga, Reval, Memel und Danzig, sondern auch Kopenhagen, Oslo und andere skandinavische Häfen wurden von der englischen Flotte besucht. Nach der „Preussischen Zeitung“ verdient der englische Flottenbesuch „im Rahmen der machtpolitischen und wirtschaftlichen Gegensätze in der Ostsee höchste Beachtung.“ Ebenso kommt ihm nach der „Deutschen Tageszeitung“ eine erhebliche politische Bedeutung zu, da er „eine neue politische Demonstration Englands in der Ostsee und als solche bezeichnend für die politische Lage in dieser ist.“ Besonders aber die polnische Presse hat die englische Flottendemonstration zu einer hochpolitischen Angelegenheit gestempelt, die sich gegen Litauen nicht minder wie gegen die Sowjetunion richtet. Der polnischen Regierung wurde seitens der Presse nahegelegt, mit England Verhandlungen anzuknüpfen, die der Tatsache, daß England in Polen den Garantien seiner Interessen in der Ostsee erblicken könne, gerecht würden.

Nach dem Besuch der berichtigten „Lugur“ im polnischen Küstengebiet sowie den Besprechungen in Danzig in Warschau, angefaßt durch die englischen Drohungen gegenüber Litauen, nach dem Abschluß des polnisch-rumänischen Militärbündnisses, dem zurzeit Verhandlungen über die Verbesserung des französisch-polnischen Militärbündnisses folgen, muß der englische Flottenbesuch in der Ostsee zweifellos als eine scharf herausfordernde Demonstration gegen die Sowjetunion betrachtet werden.

Während die Ostsee in der Vorkriegszeit allein von der deutschen Flotte beherrscht wurde, ist es heute England, welches seiner Vorherrschaft im Baltikum den notwendigen Rückhalt durch die Macht seiner Flotte sichert. Die Beherrschung der Ostsee bedeutet für England die politische Beherrschung Skandinaviens und der Randstaaten, wie auch die Ausschaltung Deutschlands als Ostseemacht. Sie verhindert ebenso eine französische Hegemonie über Osteuropa, wie eine unerwünschte Vorgehensweise der freien Stadt Danzig durch Polen. In erster Linie bedeutet aber die Beherrschung der Ostsee durch Englands Schlagschiffe eine ständige Bedrohung der Sowjetunion, die im Kriegsfall von der Ostsee aus angegriffen und blockiert, zugleich mit ansehen muß, wie die Verbindung Englands und Frankreichs mit Polen und den Randstaaten durch die Ostsee aufrechterhalten wird. Heute bereits wird die seestrategische Lage in der Ostsee von der englischen Flotte beherrscht. Nach der Ausschaltung des zaristischen Rußlands als Ostseemacht, nach Schließung der Kieler Befestigungen und der Vernichtung der deutschen Flotte, liegt die Ostsee einem jeden Einbruch offen. Darüber hinaus hat England eine Reihe von Maßnahmen getroffen — zumind. aber treffen lassen — deren militärstrategische Bedeutung mit offenkundiger Spitze gegen die Sowjetunion lediglich der englischen Kriegsmarine zugute kommt. So hat z. B. die Vertiefung des Derezunds, die eine starke Konkurrenz für den Kieler Hafen bedeutet, bei sämtlichen Ostseestaaten die größte Beunruhigung hervorgerufen. Konnten bisher die außerhalb der Ostsee stationierten großen Kriegsschiffe nur durch den Kieler Kanal oder den Großen Belt in die Ostsee gelangen, wobei sie unweigerlich in den Feuerbereich der Kieler Festungsanlagen geraten mußten, so kann heute ihrer Durchfahrt durch den Derezund kaum Schwierigkeit bereitet werden. Keine Macht wird zukünftig einen Einbruch der englischen Flotte in die Ostsee verhindern können, wie es Deutschland während des ganzen Krieges imstande war.

Nach den Ausführungen eines Admirals in der „Danziger Zeitung“ bedeutet die Vertiefung des Derezunds „für Rußland einen großen Nachteil, für die Randstaaten, insofern sie bei der Entente gegen Rußland und Deutschland Schutz suchen, einen ebenso großen Vorteil. Am meisten würde Polen dadurch gewinnen, solange es in der jetzigen Lage eines zwischen zwei stärkeren Mächten eingeklemmten Staates bleibt.“

Unerwünscht, einen großen Nachteil für die Sowjetunion bezwecken nicht nur die Ausbauarbeiten des Derezunds, sondern auch die bekanntesten Pläne Englands auf Dagoe und Oesel, deren aggressiver Zweck gegenüber der Sowjetunion besonders klar und provokatorisch hervorragt.

Auch der von England inspirierten und letzters besonders lebhaft unterstützten politischen Blockpolitik an der Ostsee wird durch die englische Flottendemonstration erneuter Nachdruck verliehen. Die Bildung eines baltischen Staatenbündnisses unter polnischer Führung bedeutet für England einen unerlässlichen Bestandteil in der zu schaffenden Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Daß ein derartiger Block „einen ausgesprochen gegen Rußland gerichteten Charakter“ erhält, hat selbst der lettische Außenminister offen zugeben müssen.

Interessant ist, daß nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ (5. 4. 1928) als die Ursache der wiederholten Anschuldigung der Frage baltischer Staatenbündnisse, die Völkerverbündigungen, endlich einen Vergleich zwischen Polen und Litauen zu erzielen, angesehen werden müssen.“ Erst in diesem Zusammenhang rückt das äußerst scharfe Auftreten Chamberlains auf der letzten Völkerverbundtagung in das richtige Licht. Weil Litauen sich bisher der „friedlichen“ wirtschaftlichen Durchdringung durch Polen widersetzt, weil aber Litauen zur wirtschaftlichen und politischen Beherrschung des Baltikums erforderlich ist, weil an Litauen die Verwirklichung der englisch-polnischen Blockpolitik im Baltikum gescheitert, und weil somit ein wichtiges Glied in der Kette der englischen Pläne fehlt, deshalb eben droht Chamberlain mit der zwangsweisen Beilegung des polnisch-litauischen Streits durch den Völkerverbund. Wenn England heute besonders energig die Schlichtung dieses Streites erstrebt, so haben die „Zwestija“ bereits vor Monaten auf die Hoffnung Pilsudskis hingewiesen, ein polnisch-baltisches Bündnis nach „Regelung“ der litauischen Frage erzwingen zu wollen.

Vor der Septembertagung des Völkerverbundes, von der man entscheidende Beschlüsse hinsichtlich Litauens erwarten darf, hält die englische Diplomatie es für angebracht, ihre Rolle bei diesen Verhandlungen durch die ausschlaggebende Macht ihrer Schlagschiffe zu demonstrieren. Niemagd anders wie die polnische Presse selbst hat diesen Sinn der englischen Flottendemonstration für Litauen lebhaft unterstrichen.

Früher noch als England hat Frankreich schon die Aufrechterhaltung einer Vormachtstellung im Baltikum als Bedingung seiner

Hegemonie über Europa versucht, wobei es ebenfalls der Ostsee als wichtigsten Verbindungslinie mit Polen ernste Aufmerksamkeit widmete. Wenn Frankreich auch nicht ein Militärbündnis der baltischen Staaten zustandebringen konnte, so hat es immerhin zur Schaffung einer baltischen Kriegsflotte viel beigetragen. Hauptsächlich die polnische Kriegsflotte muß sowohl der Ausbildung ihres Personals, als auch den Kampfleistungen nach als rein französische Schöpfung betrachtet werden. Auch Frankreich steht in Polen einen Schutzwall Europas gegen den Bolschewismus, vor allem aber einen Pufferstaat, der die Sowjetunion von Deutschland trennt und (als gemeinsam französisch-polnische Fange) Deutschland unklammert hält. Allein das Bestreben Frankreichs, seine Hegemonie im Baltikum zu verwirklichen, bringt es in Gegensatz zu England, das den französischen Bestrebungen seit Jahren zu begegnen versucht.

Auch Polens Drang zur See hat zur Verbreitung und Verschärfung der Gegensätze an der Ostsee viel beigetragen. Auf 76 Kilometer Seelänge beschränkt, ringt Polen seit seiner Entstehung um den Hafen der freien Stadt Danzig, es betont nicht nur die unbedingte

Notwendigkeit Memels für seinen Holztransport, sondern erhebt gleichzeitig ernsthaften Anspruch auf Öpöhren. Der polnisch-deutsche Gegensatz, dessen Tiefe die jüngste „Dilatationsdebatte“ in Deutschland beleuchtete, hat daher ebenfalls an der Ostsee und dem ihm nahegelegenen polnischen Korridor seinen fruchtbarsten Nährboden. Die Schaffung einer gewaltigen polnischen Kriegsflotte an der Ostsee durch den Ausbau des Hafens von Gdingen und der militärischen Beherrschung Danzigs, die in erster Linie eine Kriegsflotte Englands in der Ostsee gegen die Sowjetunion ist, die sich gleichzeitig aber auch gegen Deutschland richtet, glaubt Deutschland mit dem Bau moderner Panzerkreuzer beantworten zu müssen, deren harmlose Verwendung lediglich für den Schutz Öpöhrens bestimmt sei.

So sehen wir, wie die Ostsee durch den englisch-französischen, den deutsch-polnischen und den polnisch-litauischen Gegensatz den größten Unruheherd Europas bildet, der durch die Kriegsvorbereitungen Englands gegen die Sowjetunion in einem gefährlichen Maße geschärft wird, wofür die englische Flottendemonstration ein erneuter Beweis ist.

# Die Sowjet-Presse zum Urteil

Moskau, 8. Juli. Die „Pravda“ betont in ihrem Kommentar zum Urteil, daß die Versuche der weißgardistischen und bürgerlichen Presse, die Beweiskraft der Anklage zu entkräften, sich als haltlos erwiesen haben. Mit unwiderlegbarer Ueberzeugungskraft erwies und bestätigte das Gerichtsverfahren das Bestehen einer konterrevolutionären Schädigungsorganisation im Donezbecken, die ihre Fäden bis nach Moskau zu zentralen Wirtschaftsorganisationen spannt und in der letzten Periode ihrer Tätigkeit sich auch mit anderen Zweigen der Schwerindustrie in Verbindung zu setzen suchte. Die Verbindung der Organisation mit ehemaligen Grubenbesitzern und verschiedenen Organisationen des europäischen Kapitals ist erwiesen. Ebenso unwiderlegbar erwiesen ist, daß die konterrevolutionäre Organisation systematisch ausgesprochenen Hochverrat beging und sich mit Spionage und Vorbereitung von Diversionsakten im Interesse der sowjetfeindlichen Kräfte des internationalen Kapitals beschäftigte.

Die Unterstellung reaktionärer Elemente, man siche im Schachty-Prozess über die Gesamtheit der Sowjetintelligenz zu Gericht, ist konterrevolutionärer Unfug. Den konterrevolutionären aus der Schachty-Offiziere ist es nicht gelungen, sich hinter dem Rücken der Sowjet-Intellektuellen zu verbergen, die ihr Schicksal immer untöschlicher mit den Geschicken des siegreichen Proletariats verknüpfen. Die Schachty-Saboteure sind völlig isoliert geblieben. Vor dem Gericht mußten alle ausnahmslos die gewaltigen Vorzüge des Wirtschaftssystems der Sowjets und die unaufhaltsam vorwärtsschreitende Entwicklung des Wirtschaftsaufbaues anerkennen, die alle Hindernisse, darunter auch ihre Schädigungsakte, überwand. Was die Angeklagten in ihren

Schlusssätzen sagten, zeigt die völlige moralische und politische Abkehrung vor dem proletarischen Gericht und der Sowjetmacht. Die konterrevolutionäre Organisation wurde niedergeschlagen. Den Feinden der Sowjetunion ist eine wohlverdiente Lehre erteilt worden. Die Partei und die Arbeiterklasse werden ihre Wachsamkeit an der Front des Wirtschaftsaufbaues verheißsagen.

Die „Zwestija“ hebt hervor, daß das Gericht gegen Zosartnow, Jussewitsch, Sudny, Krishchanowski, Matow und Bratanowski, die Gruppe von Spionen, die unmittelbarer Beziehungen zu Organen ausländischer Staaten überführt wurde, kein anderes Urteil als das Todesurteil fällen konnte. Es sei niemandem gestattet, zu glauben, der proletarische Staat werde derartigen Taten gegenüber Nachsicht üben.

Die Hauptbedeutung des Prozesses erblickt die „Zwestija“ darin, daß vor der öffentlichen Meinung von Millionen Arbeitern klar gestellt wurde, welche große Zahl offener und verkappter Feinde die Sowjetunion noch umringt, und daß andererseits die Versuche der Schädiger, den Prozeß des schöpferischen Aufbaues der wertvollsten Massen zu unterwühlen, machtlos sind. Die „Zwestija“ erwähnt zahlreiche Befundungen, die überall in der Sowjetunion die Solidarisität mit dem Gericht zum Ausdruck bringen, und spricht die Ueberzeugung aus, daß im Zusammenschluß von Arbeit und Wissenschaft, im Zusammenschluß der proletarischen Macht mit allen Werktätigen die Gewähr dafür gegeben ist, daß dieser Prozeß der letzte dieser Art sein wird.

# Auf dem Wege zur UGBD.

## Die sächsischen UGB-Regenaten begrüßen die „verblüffende Bescheidenheit“ der regierenden SPD.

Das Organ der Altsozialisten, der „Volkstaat“, nimmt in seiner Mittwochnummer zur Regierungserklärung Hermann Müllers Stellung. Es überschreibt den betreffenden Artikel „Verblüffende Bescheidenheit“ und begrüßt die „staatspolitische“ und „maßvolle“ Art des Führers der SPD. als Reichskanzler:

„Was das aber eine sozialdemokratische Programmrede? Niemand kann es behaupten. Soviel Mäßigung, soviel Zurückhaltung, soviel Bescheidenheit wird noch nie gehört. Eine Reihe von Gegenständen, an welche sich die neue Reichsregierung heranmachen will, sind einfach von der bisherigen Bürgerblockregierung übernommen. So etwa das Arbeitsschutzgesetz. Verschiedene Berliner Blätter unterstreichen, daß Müllers Rede eine Volksgemeinschaftsrede gewesen sei, die die Basis einer Regierung von den Deutschen bis zu den Sozialdemokraten abgeben könnte.“

Die sozialfaschistischen Regenaten der sächsischen SPD befinden sich in der angenehmen Lage, ihren ehemaligen Parteigenossen angesichts deren vollständiger Kapitulation vor der Trustbourgeoisie mit liebenswürdigem Hohn aufwarten zu können:

„Behutsame Reformen will Hermann Müller in der Tat, Reformen, die alle Pelze wachsen wollen, ohne sie naß zu machen. Die sächsische Regierungskoalition wird es angesichts dieser Müllerschen Rede sehr leicht haben. So entschrieben, so sozialreformerisch, so arbeiterfreundlich wie die Reichsregierung, ist die sächsische Koalition schon längst. Mehr noch: sie kann sich der Reichsregierung geradezu als Musterbild vorstellen.“

Der sächsische Bürgerblock als Musterblock der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung, die ihm an Arbeiterfreundlichkeit nicht das Wasser reicht, — das ist in der Tat eine bittere Erfahrung für die SPD! Jene altsozialistischen Ueberläufer, von denen in Sachen kein Hund mehr ein Stück Brot annehmen würde, können dank des Koalitionsbetrats der SPD den Millionen sozialdemokratischer Arbeiter mit hämischer Spott gegenüberstehen. Was sie bei dieser Gelegenheit über das doppelte Gesicht der sogenannten linken SPD-Führer aussprechen, ist nur zu wahr:

„Soviel steht nach dieser Rede Hermann Müllers jedenfalls fest: die Sozialdemokraten, die jetzt noch, wie es etwa die sächsischen Sozialdemokraten zu tun versuchen, rabuläre Töne von sich geben, veraten damit, ganz widerwärtige Geister zu sein. Eine Partei, deren verantwortliche Führung sich so volksgemeinschaftlich gibt, die so sanft auftritt, die so sehr alles preisgibt, was ihr Parteiprogramm enthält, hat kein Recht mehr, sich als revolutionäre Kampfpartei auszuspielen. Sie ist es nicht... Gines ist durch die Müllersche Rede erreicht: die rabuläre, Klassenkämpferische Fassade der Sozialdemokraten ist zerschlagen, die Wäpster vom 20. Mai, die sich durch diese Fassade haben anlocken lassen, werden enttäuscht sein. Wir stellen mit Bestimmtheit fest, daß die große Sozialdemokratie, wenn sie es auch nicht wahr haben will, sich ganz und gar auf dem Wege der UGB befindet. Ueber kurz oder lang: und auch die sächsischen Linkssozialisten werden maßvolle Altsozialisten sein. Durch den Zwang der Dinge werden sie dazu erzogen. Wenn sie augenblicklich noch etwas bräuen, so weiß man, daß es sich hier um Löwenjunge handelt, die zur Scham getragen werden, unter denen aber nur Hermann Müllersche Lammschäfer schlummern.“

Der Spiegel, den die verächtlichsten Regenaten der Arbeiterbewegung hier triumphierend der Sozialdemokratie vorhalten, ist bitter, aber zutreffend. Es gibt nur einen Weg für die SPD-Arbeiter, sich aus der beschämenden Situation zu befreien, in der sie heute selbst von einem Renegatengesindel wie den Altsozialisten verhöhnt werden können: es ist der Weg heraus aus der SPD, deren Politik der UGB die erwünschte Gelegenheit für ihren Triumph liefert, der Weg in die Reihen der einzigen revolutionären Klassenpartei der SPD!

## Gegen Schund und Schmutz

SPD-Antrag auf Aufhebung des Rülzsches Gesetzes.

Die kommunistische Fraktion im Reichstag hat in einem Antrag die sofortige Aufhebung des Schund- und Schmutzgesetzes gefordert. Gegen das Rülzsches Schund- und Schmutzgesetz wetteten seitens der SPD- und demokratische Presse. Wird die Hermann-Müller-Regierung jetzt den Rülzsches Schund und Schmutz gegen die Kommunisten verteidigen?

## Die Preise steigen!

Berlin, 8. Juli. Die auf den Stichtag des 4. Juli bezogene Großhandelsrichtzahl des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber der Vormonats um 0,3 Prozent auf 141,4 (141,0) gestiegen. Die für den Monatsdurchschnitt Juni berechnete Großhandelsindexzahl ist gegenüber dem Vormonat mit 141,3 (141,2) nahezu unverändert geblieben.

## Schachty

Haßvoll jetzt wieder die Bürger-Journaille  
Verleumdung sät...  
Verlogen brüllt jede Profit-Kanaill:  
Humanität —  
Dieselben, die immer zu Kriegen hetzen,  
Auf deren Geheiß sich die Völker zerfetzen,  
Die schreien sich jetzt die Mäuler breit  
Für „Menschlichkeit“.

Es heult ringsum der Chor der Noskiden  
Von Barbarei...  
Wenn's gilt, ein Komplott gegen Rußland zu schmieden,  
Sind sie dabei —  
Sie haben geschwiegen beim Völkermorden,  
Sie jubelten zu den Noske-Horden,  
Sie schlossen die Augen, als Feme-Brut  
Gierte nach Blut!

Prolet, ob Deutscher, Franzose, Pole —:  
Vergiß es nie!  
Im Klassenkrieg gilt nur eine Parole:  
Wir oder sie!  
Wenn man das Gezucht wollts wählen lassen,  
Wird's morgen uns an die Kehle fassen...  
Drum, solang' um den roten Sieg es geht:  
Bleibe hart, Prolet!!

Kasimir Sublimier.

# Die werktätige Frau

## Dienstbotenlos — ein trauriges Los!

### Der vorbildliche Polizeiwachtmeister

Barbara war Dienstmädchen in dem Gasthaus einer kleinen österreichischen Stadt. Sie brachte einem Gast das Essen und blieb dabei einen Moment bei den Regelspielern stehen, um zuzusehen. Als sie über eine ungeschickte Bewegung eines Reglers lächeln mußte, schrie sie die Frau eines Wachtmeisters, die ebenfalls zusah, in grober Art an, sie solle sich fortbewegen, was sie hier zu stehen habe! Das Mädchen gab entsetzt Antwort und es entspann sich ein heftiger Streit zwischen den beiden. Von seiner Frau herbeigerufen, schrie sich der Wachtmeister auf das Dienstmädchen und ohrfeigte es. Als sich Barbara bückte, trat er ihr mit acht polkeltiger Tapferkeit gegen den Kopf, so daß sie bewußtlos hinfiel. Der Herr Wachtmeister erhielt auf Anzeige des Mädchens eine kleine Geldstrafe. Sein Vorgesetzter hatte ihm ein Zeugnis ausgestellt, das besagte: „Vorbildlich in seinem Dienste!“

### 18 tägige Arbeitszeit, trodenes Brot, Raugenessenz zum Stubensaugen

Die erst 15 jährige Marianne diente bei einer Wiener Bürgerfrau. Sie mußte einfach alles machen: Kränze streichen, waschen, putzen usw. Das Frühstück bestand aus trockenem Brot mit Tee, sie arbeitete oft bis gegen 11 Uhr nachts, bei einem Lohn von monatlich 16 Schilling. Wenn sie sich durch Vorfälle bei der Untermeisterin ein paar Pfennige Zinsgeld verdiente, zog ihr die Dienstherrin dafür am Lohn was ab. Der Fußboden mußte mit verdünnter Lauge gewischt werden, so daß das Mädchen schlimme Finger bekam. Einmal brachte ihr die Gräbige die Lauge sogar unverdünnt mit dem Auftrag, damit zu wischen, damit die Fettsäuren am Fußboden wegingen. (Man scheint ziemlich fett geübt zu haben, denn die Flecke waren bestimmt nicht von trockenem Brot und Tee!) Jeder Spritzer von dieser scharfen Essenz verursachte schmerzhaft Blasen an den Händen des Mädchens. Als sie sich darüber beklagte, meinte die edle Dame: „Marianne, sei doch nicht so wehleidig! Dir fehlt noch recht viel zu einer tüchtigen Hausgehilfin!“

Das Mädel strengte wegen der verärgerten Hände Klage gegen die Bürgerfrau an, und diese erhielt tatsächlich eine kleine Geldstrafe.

### Jartüchtende Bürgerfrauen

Eine 20 jährige Hausgehilfin steht vor dem Richter, bleich, erschüttert, mit Tränen in den Augen. Sie hatte Selbstmord begehen wollen, weil sie keine Eltern hatte, kein Heim und sich so sehr vernachlässigt fühlte. Ihre Dienstherrin scheint auch nicht liebevoll mit ihr umgegangen zu sein, wie man sich nach folgendem denken kann: Als sie gnädige Frau eines Abends vom Konzert zurückkehrte, merkte sie starken Gasgeruch und fand sogleich ihre Hausgehilfin mit dem Gas Schlauch im Munde bewußtlos an der Erde liegen. Zwei Wochen lag sie junge Stütze im Krankenhaus. Kaum wieder hergestellt, erhielt sie eine Zusage: Strafantrag ihrer Dienstherrin gegen sie wegen — Beförderung der körperlichen Sicherheit! Der Sohn des Hauses soll sie zur selben Zeit, als das arme Mädel seinem Leben ein Ende machen wollte, im Nebenzimmer aufgesperrt haben, und wie leicht hätte ihm da was passieren können!

Der Richter war diesmal menschlicher als das unbarmherzige Pückerweib und sprach das Dienstmädchen, jenes vereinsamte, unglückliche Menschenkind, frei.

### Eine Selbstmordstatistik der Stadt Wien weist nach, daß

65 Prozent aller Selbstmordhandlungen von Hausgehilfinnen begangen werden. Von je tausend Dienstboten begehen über sechs Selbstmord oder den Versuch dazu. Meist sind es Mädchen von 20

bis 30 Jahren, oft aber auch halbe Kinder von noch nicht einmal 18 Jahren. Als Grund meldet die Statistik oft „Liebeskummer“ oder „unbekannt“. Welches aber sind die wahren Ursachen? Es ist nach obigen Fällen nicht schwer zu erraten!

Ohne Heim, ohne Ruhepause, oft auch ohne eigenes Zimmer, selten einen freien Sonntag, so verbringen die Dienstmädchen ihre Jugend, geübt, geholt, mißachtet von allen, denen sie tagaus, tagein dienen, deren leibliche und geistige Ansprüche über den ihnen stehen sollen. Märgliches Taschengeld, kaum als Lohn zu bezeichnen, abgelegte Kleidungsstücke, ein unfreundliches Verließ als Schlafraum, daneben die hochmütigen Mienen der „Herrschaft“ vom Jüngsten bis zu den Erwachsenen — das sind die Begleitumstände. Was Wunder, daß die Sehnsucht nach Liebe, nach Geltung, nach einem eigenen, wenn auch noch so bescheidenen Heim so stark wird, daß ein Schwinden dieser Zukunftshoffnung, der sogenannte „Liebeskummer“, die Grenze des Ertragsfähigen überschreitet — zum Selbstmord treibt. Die Ursache ist die soziale Not, die Ausbeutung und Unterdrückung, nicht die Liebesaffäre. Meistens wird oft auch Krankheit zum Grund des Selbstmordes. Wer soll das Mädchen pflegen, wenn es krank wird? Etwa die Gräbige? So schleppt sie sich zur Arbeit, bis es eben nicht mehr geht.

Von früh morgens bis nachts dauert die Arbeitsbereitschaft der Hausgehilfinnen. Es ist ganz verständlich, daß viele von ihnen auch unter die geistige Vormundschaft ihrer „Gräbigen“ geraten, d. h. nach deren Willen nur die Bibelstunde besuchen, für deutsche nationale Kandidaten zur Wahlzusage gehen usw. Hier muß eine planmäßige Aufklärungsarbeit seitens der Klassenbewußten Professorinnen einleiten. Im Hause, auf dem Markt oder im Kaufhaus kann jede Arbeiterfrau mit den Dienstmädchen der Bourgeoisie plaudern, ihnen durch das Gefühl der Klassenzugehörigkeit Lebensmut geben und gleichzeitig eine Menge neuer Kämpferinnen gewinnen, denn die Zahl der Dienstboten ist riesengroß.

## Geburt auf Bestellung und ohne Schmerzen

Eine große Anzahl berühmter Ärzte beschäftigt sich seit langem mit der Frage der schmerzlosen Geburt, die die Weiden, die viele Frauen während der Geburt auszuhalten haben, aufheben und die Todesziffer der gebärenden Frauen vermindern soll.

Wir kennen seit längerer Zeit die deutsche Methode des Dämmer Schlafes, in den die Frau bei beginnender Geburt versetzt wird und in dem sich der Geburtsvorgang schmerzlos vollzieht.

Seit ungefähr vierzehn Jahren arbeitet der französische Professor Delmas, von der Universität in Montpellier, an einer neuen Forschung, die der Frau die Geburt erleichtern soll.

Vor kurzem ist er mit seiner Methode an die Öffentlichkeit getreten. Es handelt sich um die Möglichkeit, die Geburt auf eine bestimmte Stunde festzusetzen und sie dann schmerzlos durchzuführen. Es ist bekannt, daß eine Geburt selten auf einen bestimmten Tag, und nie auf eine bestimmte Stunde vorauszubestimmen ist. Oft hat die Frau in den Stunden, die der eigentlichen Geburt vorausgehen, die fürchterlichsten Schmerzen zu erleiden. Dies alles soll durch die neue Methode Professor Delmas abgeändert werden.

Nachdem er den ungefähren Zeitpunkt der Geburt festgestellt hat, befiehlt Professor Delmas die Frau zu einer bestimmten Stunde in seine Klinik. Durch eine Einspritzung macht er die Frau unempfindlich und veranlaßt dann gewissermaßen eine künstliche Geburt, wobei er sich einer bis ins feinste durchdachten und in zehn Jahren aus-

gearbeiteten Technik bedient. Durch eine ganz bestimmte Massage, die in ungefähr drei Minuten in Anspruch nimmt, bereitet er den Moment der Geburt vor. Weitere sechs Minuten genügen, um das Kind vollkommen zur Welt zu bringen. Im ganzen gebraucht er zu einer vollständigen Geburt nicht mehr als eine Viertelstunde, die für die Mutter vollkommen schmerzlos darübergeht.

Professor Delmas wendet diese Methode seit ungefähr einem Jahr an und hat in dieser Zeit 40 Geburten vorgenommen, bei denen weder die Mutter noch die Kinder Schaden erlitten haben.

Professor Delmas betont ausdrücklich, daß die Zeit noch nicht gekommen sei, diese „künstlichen Geburten“ zu verallgemeinern. Er selbst wendet sie nur bei pathologischen Fällen an. Er glaubt jedoch, daß die Zeit nicht fern sei, da diese erleichterte Geburt bei normalen Frauen vorgenommen werden kann, allerdings unter der einen schwerwiegenden Bedingung, daß sie nur von Ärzten ausgeführt werden darf, die sich einer ganz besonderen Schulung unterworfen haben, die selbstverständlich für eine Geburt, die auf wenige Minuten Einzelheiten beobachtet werden müssen, notwendig ist.

Ob nun diese neue Methode der deutschen gegenüber einen Fortschritt aufweist, muß erst die Praxis lehren, jedenfalls scheint es auf den ersten Blick klar zu sein, daß eine Geburt, die auf wenige Minuten beschränkt ist, und im voraus festgelegt werden kann, unbedingt eine große Erleichterung für die Frau darstellt.

Aber es darf nicht vergessen werden, daß selbst dann, wenn die neue Methode überall eingeführt wird, immer nur die bescheidenen Vorteile davon hat, denn die Kosten für solche fachärztliche Behandlung werden die werktätigen Frauen niemals aufbringen können und die Krankenkassen werden das ebenfalls nicht bezahlen. Die arbeitende Frau wird also nach wie vor ihren geschundenen Körper schmähen müssen, während die Bourgeoisdamen, wenn sie einmal ausnahmsweise ein Kind gebären wollen, um den Stammbaum der Profitgüter zu erhalten, auch noch aller Schmerzen entboden werden. Das wird erst anders werden, wenn die Arbeiter die Macht erobert, wie in Sowjetrußland, wo die arbeitende Frau bereits alle Vorzüge des Mutter Schutzes genießt.

## Die Frau in den Sowjets

Wie stark der Anteil der Frauen am Aufbau der Sowjetmacht ist, geht aus folgender Tabelle hervor, die die Anteilnahme der Frauen an den untersten Sowjetorganen zeigt:

Jahr	Allgemeine Zahl der Dorfräte	Darunter Frauen	Prozent
1926	650 252	58 461	9,0
1926	833 359	84 385	10,1
1927	921 873	108 759	11,8
1926	248 878	23 108	9,3
1927	246 422	23 800	9,7
1926	66 741	7 627	11,4
1927	62 860	7 377	11,7
1925	12 059	1 180	9,4
1926	18 902	1 592	8,4
1927	24 600	1 621	7,4

Weibliche Vorsitzende der Dorfräte zählt man der in RSFSR 641, in Weißrußland 17, in den übrigen Republiken 48.

Daraus ist ebenfalls die wachsende Beteiligung der Frauen an den höchsten Vertretungen ersichtlich, was auch aus der folgenden Tabelle, die die Zahl der weiblichen Mitglieder des Zentralkomitees zeigt, hervorgeht. Es betrug der Prozentsatz der Frauen an den Zentralkomitees der RSFSR:

	IX	X	XI	XII	XIII
	1,5	2,7	3,5	8,5	9,8
absolute Zahl:	12	18	46	63	
in Prozent:	2,4	2,6	5,5	8,0	

# Die Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt

## Beitragserhöhung in Sicht?

Kunmehr liegen auch die Kostenabrechnungen der Reichsanstalt für die Monate März und April vor. Wir lassen diese nachstehend folgen, damit sich die Arbeitslosen ein Bild über die Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung machen können.

### Monat März 1928

#### Einnahmen:

Kassenbestand am 1. 3. 1928	100 669 211,46
Beiträge	67 765 211,76
sonstige Einnahmen	2 389 611,97
<b>Gesamteinnahme</b>	<b>170 824 235,19</b>

#### Ausgaben:

für Arbeitslosenunterstützung	101 347 127,90
Kosten der Arbeitsämter, Landesarbeitsämter und der Hauptstelle	7 430 963,48
für Maßnahmen zur Beschäftigung und Vererdigung der Arbeitslosigkeit	4 061 884,70
Zins- und Dividenden	3 904,81
<b>Gesamtausgabe</b>	<b>112 843 900,89</b>
Kassenbestand am 31. 3. 1928	57 980 334,30

### Monat April 1928

#### Einnahmen:

Kassenbestand am 1. 4. 1928	57 980 334,30
Beiträge	55 493 631,33
Einnahmen aus § 244	8 188,85
sonstige Einnahmen	1 534 965,02
<b>Gesamteinnahme</b>	<b>115 017 219,50</b>

#### Ausgaben:

für Arbeitslosenunterstützung	57 448 925,70
Kosten der Arbeitsämter, Landesarbeitsämter und der Hauptstelle	6 221 567,28
für Maßnahmen zur Beschäftigung und Vererdigung der Arbeitslosigkeit	1 943 106,43
<b>Gesamtausgabe</b>	<b>65 618 599,41</b>
Kassenbestand am 30. 4. 1928	49 400 520,09

Wie man hier veranschaulicht Zahlen geht zunächst hervor, daß sich der Kassenbestand in den beiden Monaten infolge der hohen

Arbeitslosigkeit noch um rund 50 Millionen Mark verringert hat. Der aber bereits im Monat April einsetzende starke Rückgang der Arbeitslosigkeit verminderte die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung von 101 Millionen Mark im Monat März auf 57 Millionen Mark im April. Dagegen muß befreundet, daß die Einnahmen aus Beiträgen im Monat April noch um rund 12 Millionen zurück-

## Genosse!

### Du hilfst nicht:

wenn Du

Deine Beiträge nicht regelmäßig bezahlst;  
Deine Zeitung nicht regelmäßig liest;  
wenn Du nicht regelmäßig losst; wenn Du nicht pünktlich abrechnest.

### Du hilfst mit:

wenn Du aktiv kämpfst

## für die Rote Hilfe!

gegangen sind, obwohl sich die Zahl der gegen Arbeitslosigkeit verfahrenen Personen von 15 197 75 im Monat März auf 18 084 301 im Monat April erhöht hat. Dies ist jedenfalls auf die steigende Kurzarbeit zurückzuführen.

Prozentual verteilen sich die Ausgaben wie folgt:

	im Monat März	April
für Arbeitslosenunterstützung	90,2	88,0
für Kosten der Arbeitsämter, Landesarbeitsämter usw.	6,4	9,4
für Maßnahmen zur Vererdigung der Arbeitslosigkeit	3,4	2,6
	100%	100%

Während der Prozentfuß der Ausgaben für die Unterstützung zurückgeht, steigt der Prozentfuß für die Verwaltungskosten.

Hatten im Monat März nur zwei Landesarbeitsämter, nämlich Westfalen und Südwestdeutschland, Ueberhörsche zu verzeichnen, das heißt die Einnahmen aus Beiträgen übersteigen die Ausgaben für Unterstützung usw., so waren es im Monat April bereits vier, es kamen noch hinzu Brandenburg und Sachsen. Das Landesarbeitsamt Schlesien erforderte dagegen im Monat März einen Zuschuß von 7 430 921,01 Mark und im Monat April nur noch einen solchen von 2 087 224,68 Mark.

Der zurückgehende Kassenbestand macht der Reichsanstalt anseheinend schon Sorgen. Man trägt sich in der Reichsanstalt schon mit dem Gedanken, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu erhöhen. Statt wie bisher 3 Prozent muß man in der Zukunft 4 Prozent Beitrag erheben. Das bedeutet natürlich eine erneut starke Belastung der Arbeiterschaft, die heute schon genügend belastet ist. Die Arbeiterschaft wird sich gegen die geplante Beitragserhöhung ganz energig wenden müssen und verlangen, daß die Kosten der Arbeitslosigkeit auf die umgelegt werden, die die Urheber dieser Arbeitslosigkeit sind, nämlich die Kapitalisten.

## Hungerlöhne der Arbeiterinnen

Einiges aus den ostdeutschen Kulturkreisen in Gumbfeld.

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Bei der Firma Ostdeutsche Kulturkreisen in Gumbfeld ist ein Obergärtner mit Namen Plauze beschäftigt. Die Arbeiterinnen müssen so tanzen, wie er pfeift und müssen die schwersten Arbeiten machen, weil keine Männer eingestellt werden. So müssen sie z. B. Dünger tragen, Boden tragen und dann noch die schweren Glöcher im Glashaufe zum Wässern schleppen. Als eine der Arbeiterinnen diese Arbeit verweigerte und sagte: „Ich tue es nicht, ich hole mir genau so Rheumatismus wie meine Vorgängerin“, da meinte der Obergärtner ganz trocken, das sei nicht vom Wässern, sondern vom abendlichen Herumtreiben. Die Behandlung der Arbeiterinnen läßt vieles zu wünschen übrig. Sie werden faul und schlafmüde genannt. Der Lohnbeutel der über 20 Jahre alten Frauen sieht wie folgt aus:

Lohn vom 23. bis 29. Juni 1928:

58 Stunden à 0,30 ... = 17,40

Erwerbslosenfürsorge .... 0,26

Reicht zu zahlen ..... 16,95

Arbeiterinnen, euch raten wir dringend: Ginein in die Kommunistische Partei! Kämpft geschlossen für bessere Behandlung und ausreichende Löhne!

Grosse Parteifunktionär-Konferenz

Heute Dienstag, 19 Uhr, (pünktlicher Beginn!) im „Lesing“, Adalbertstraße 10. Es müssen erscheinen alle Mitglieder der Bezirksleitung, der Abteilungen der BL., der Stadtteilleitungen, die Betriebszellenobleute, Gewerkschaftsfunktionäre, Fraktionaleiter sowie die Parteimitglieder, die in anderen außerparteilichen Organisationen Funktionen innehaben.

Thema:

„Um das Programm der Kommunistischen Internationale“ Referent: Genosse Dr. Hermann Dunter, Berlin

Die Reichsfeuerwehr-Ausstellung

Im Messaohof findet zurzeit die Reichsfeuerwehr-Ausstellung statt. Ohrenbetäubender Lärm empfängt uns. Es sind die neuesten Alarmapparate, 5 bis 15 Kilometer hörbar. In der großen Ausstellungshalle ist alles vorhanden. Der letzte Trumpf der Technik, ein Feuerwehrauto mit einer 21 Meter hohen Leiter und Telefonapparat, selbsttätige Alarmapparate, Tauchervorrichtungen, ein Abwärtswagen für den Flughafen, enthaltend alle Vorrichtungen zum Abtransport und Verbinden von Berunglückten, und Abschworrichtungen. Eine Motorspritze mit 6 Sachpflündermotoren und einer Leistung von 150 Liter pro Minute und einer Förderhöhe von 70 Meter. Daneben alle Behältergegenstände für den Feuerwehrmann vom Helm, der Axt bis zum Verbandzeug und dem Diplom für 25jährige oder längere Dienstzeit. Die Berliner Feuerwehr hat ein besonderes Ausstellungszimmer mit viel statistischem Material. Von 100 Bränden entfallen über 60 auf Wohnhäuser. Nur 2 Prozent der Brände brachen in Theatern und Versammlungsräumen aus. Im Jahre 1925 wurde die Feuerwehr bei 100 Alarmsrufen durchschnittlich 10 mal von „bösen Buben“ irreführt. Auch über die Ausbildung des Feuerwehrmannes sind interessante Angaben vorhanden. Leider fehlen die Angaben über die Gehälter.

Knapp, aber interessant ist die historische Ausstellung. Die Krollauer Handfeuerwehrspritze, die Feuerkammer aus dem 17. Jahrhundert, die Signaltrommel aus Schwabenberg zeigen mit wenig jämmerlich primitiven Mitteln — die uns heute lächerliche dünken — zu Urgrößtaters Zeiten der Kampf gegen das Element, das das Gebilde der Menschheit hat, gefährt wurde. Wer über eine freie Stunde verfügt, dem ist der Besuch der Ausstellung zu empfehlen.

Dreißig Reichswachepferde rasen durch die Straßen. Während eines Hferdeappells in der Kleinbürger Kaserne entwickeln gestern morgen circa dreißig Pferde und rasten die Gabsitzstraße entlang, bogen in die Ohlen- und Schwerinstraße ein, dann wieder in die Gabsitzstraße. Ein Offizier setzte den Ausreißern im Auto nach, und an der Carolusstraße gelang es ihm, mit Hilfe von Straßenbahnern die Tiere zu stellen. Fünf Tiere waren bereits gefürzt und schwer verletzt.

Von einem Auto umgefahren. Am gestrigen Montag wurde vor dem Grundstück Osener Straße 72 eine Frau umgefahren. Mit stark blutenden Kopfwunden wurde sie in einen Hausflur geschafft. Infolge irrtümlicher Meldung rüdte der Gerätewagen der Feuerwehr an. Später wurde die Ueberfahrzene ins Arbeiterhospital geschafft.

Schwere Schädigung eines Arbeiterportvereins. Uns wird geschrieben: Uns steht die Bankholzwiese (verlängerte Lange Gasse) als Spielplatz zur Verfügung. Die dort aufgebauten Tore sind uns zu wiederholten Malen durch groben Anflug beschädigt worden. Wir bitten die Bevölkerung im Westen der Stadt, uns zu unterstützen, und die Täter namhaft zu machen. Fußballverein Freie Sportfreunde C. L., Richard Winler, Posener Straße 67, III.

Die städtische Volksberatungskasse ist im Monat Juni von 2300 Personen, und zwar 1235 Männern und 1165 Frauen, besucht worden. Die Auskünfte betrafen: Arbeiterversicherung 70, Angestelltenversicherung 9, Erwerbslosenversicherung 7, Arbeits- und Dienstvertrag 93, Bürgerliches Recht 1327, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 107, Strafrecht 137, Privatversicherung 18, Handels- und Gewerbesachen 28, Verschiedenes 7, städtische Angelegenheiten verschiedener Art 589. Außerdem sind 93 Schriftsätze angefertigt und 73 fernmündliche Auskünfte gegeben worden. Die kostenlosen Beratungen erfolgen werktäglich in der Zeit von 8-14 Uhr. — Die städtische Volksberatungskasse wird morgen Donnerstag nach dem Grundstück Karlsstraße 111 verlegt. Sie bleibt an diesem Tage geschlossen.

Rino

Welthühne. „Qualen einer Ehe!“ Der Film zeigt viel individuelles Glend, geht aber grundfänglich auf das Problem nicht ein. Die Hauptrolle wird von Pola Negri mit großer Meisterschaft gespielt. Als Beifilm wird „Senorita“, ein romantischer Wildwest-Film gegeben.

Apollo-Lichtspiele. „Die Braut am Scheidewege.“ Der Roman einer Verläuferin in Newyork. Was dem Zweifelpalt zwischen ihrem Traum, einer Reife nach Paris, dem Modezentrum, und ihrer Liebe entschließt sie sich, durch einen Unglücksfall vorwärts getrieben, zur Heirat mit ihrem Untergrundbahnführer, der sich als Sohn des Direktors entpuppt. Die Romantheil ist mit hin gerettet. Außer den vorzüglichen Aufnahmen aus der Untergrundbahn wird viel mit fähigem Aufnahmestärke gearbeitet.

Obertor-Lichtspiele. „Die Venus von Venedig.“ Eine Annonce bringt dem antikenhungerigen Amerikaner die geriffelte Epithelin von Venedig ins Palazzo. Das raffinierte Naturkind schlägt ihn in Fesseln. Er besticht mehrere Abenteuer mit ihrem Venediger Anhang, verliert seine Verlobte, aber egal, der reiche Amerikaner ist glücklich, sein Drachen zu halten. Glänzende Welt, in der das möglich ist! — Die hübsche verlogene Charlotta wird durch die schlante Constance Palmadze überzeugend lebenswarm dargestellt.

Mittelchlesien

Die erste Sitzung des neuen Deller Kreisrates Der neugewählte Deller Kreisrat trat vorige Woche erstmalig zusammen. In einer einleitenden Rede gedachte der Landrat Dr. Ullrich zunächst der in letzter Zeit Verstorbenen, sprach dann über die Aufgaben des Kreisrates, da die Hälfte der Abgeordneten erstmalig dem Kreisrat angehört. Am Schluß seiner Rede betonte er, daß die guten Erfahrungen mit dem Altersheim „Antichörner“ trotz der damals gegenteiligen Meinung der Gutsherrn, eine Erweiterung

Genosse Hermann Dunter wird heute abend in der Parteifunktionärkonferenz über das „Programm der K.P.“ sprechen. Genosse „ad“ erinnert im nachstehenden an Dunters frühere Breslauer Tätigkeit.

Genosse Dunter ist allen Mitgliebern der Partei, besonders denen, die an theoretischen Fragen Interesse haben, gut bekannt. Wer hat nicht mit Wohlgefallen seine Vorträge zu dem in Zehntausenden von Exemplaren erschienenen immer wieder neu verlegten „Programm der K.P.“ gelesen? Wer kennt nicht den ständigen Mitarbeiter der „Internationale“. Die Bezirksleitung hätte für den heutigen Abend keinen geeigneteren Referenten finden können als den Genossen Dunter, den Kampfgesährten unserer unvergeßlichen Rosa Luxemburg, den Mitstreiter von Mehring und Plautz, der in aus dem Glanzzeit der alten Sozialdemokratie. Genosse Dunter gehörte in der Vorkriegszeit zu den am meisten beschäftigten Arbeitern des wissenschaftlichen Sozialismus, und es hat wohl kaum eine größere sozialdemokratische Gruppe in Deutschland gegeben, in der Genosse Dunter nicht über die theoretischen Grundlagen des Sozialismus vermittelt hat. Vor etwa 18 Jahren, kurz vor den Reichstagswahlen, hielt Genosse Dunter auch in Breslau einen Vortragskursus ab, der etwa acht Abende in Anspruch nahm. Die Vorträge, die im großen Saal des Gewerkschaftshauses stattfanden, waren außerordentlich gut besucht, sie behandelten die kapitalistische Ausbeutung. Die damals bereits recht kleinstädtischen Leiter des Sozialdemokratischen Vereins sahen der Arbeit des Genossen Dunter mit Äußerlicher Miene entgegen, wie ihnen überhaupt die „graue Theorie“, wie sie jede marxistische Arbeit nannten, gleichgültig war. Zudem war den Berufstheoretikern in Breslau nicht gerade angenehm, daß ein „Radikaler“ diese Vorträge hielt, der sich auch nicht scheute, gründlich mit dem Revisionismus abzurechnen. Später ist die „Volkswacht“ über Genossen Dunter wiederholt hergefallen. So als er bei den Kämpfen zwischen Neofunktionisten und Marxisten in Württemberg auf die Seite der letzteren trat, dann als er nach dem großen „Sieg“ bei den Reichstagswahlen 1912 vor parlamentarischen Kreisläusen warnte. Doch nicht nur in den Richtungskämpfen hat Genosse Dunter bei den Luxemburgern gestanden, er hat auch zu den wenigen sozialdemokratischen Führern gehört, welche das Recht auf eigene, selbständige Organisationen der Arbeiterjugend verteidigten. Als das reaktionäre Reichsvereinsgesetz

notwendig machen. Er glaube mit vier Wohnungen auszukommen, jedoch könnten vielleicht später noch in anderen Kreisläusen Altersheime geschaffen werden. Bei Kapitel II, Titel 4 des Haushaltungsplans für 1928 betreffend Wohnhaus Friedrichstraße 10, beantragte der kommunistische Abgeordnete Korfik, bei dem jetzt stattfindenden großen Umbau für die Wohnung des Landrats auch die in schlechtem Zustande befindliche Kellerräumung des Arbeiters Leibert gründlich zu renovieren. Leibert hatte beantragt, auf den Holzjementfußboden der Küche, der im Winter riesig kalt und jetzt rissig und durchlöchert ist, eine Polstiele zu legen. Genosse Korfik rügte, daß trotz der in der Sitzung am 15. Dezember bewilligten 7000 Mark und des sieben Wochen dauernden Umbaus es nicht mehr für die ungefähr 100 Mark kostende Dichtung gelangt hätte. Ferner sprach er seine Verwunderung darüber aus, daß zwar in sämtlichen Kellerräumen elektrisches Licht eingebaut worden ist, es aber nicht für die Wohnung des Leibert oder für ungefähr zwei Meter Leitung für das im Keller gelegene Mädchenzimmer der Frau Dr. Troeger reichte. Als Sparlandibaten ohne Zweck und Ziel entpuppten sich die Abgeordneten Kufner (Schmiedemeister), Landwirt Elsner-Juliusburg und Amtsrat Stephan-Groß-Graben. Ersterer beantragte, den Posten von 7957 Mark zur Verbreiterung einer Chausseestrasse zu streichen. Dem widersprachen der Landrat sowie die Linke des Hauses, da es sich um eine Straße mit Postautoverkehr und zwei starken Kurven handelt. Man könne nicht erst warten, bis Menschen durch dieses Sparsystem umgekommen sind. Landwirt Elsner erklärte die Summe von 90000 Mark für 1927 und 101000 für 1928 für 61 Straßenarbeiter zu hoch. Er klagte über die „hohen Löhne“, weil er sicher nicht ausrechnen konnte, daß das pro Mann mit Frauen- und Kinderzulage jährlich ganze 1658 Mark ausmacht und davon noch Kranken- und Invalidenversicherung abgehen. Der Punkt 19 der Tagesordnung, wonach der Kreisrat beschließt, einen kommunalärztlichen Hauptamtlich anzustellen, ergab eine lebhafteste Debatte. Abgeordneter Stephan meinte hierzu, daß sei ein typisches Beispiel dafür, wie man es mache, um den Etat hinaufzuschrauben. Diese Ausführungen unterstrich Abgeordneter Korfik. Nachdem noch Abgeordneter Gebauer dagegen gesprochen hatte, wurde der Antrag des Kreisratsschusses mit 13 Stimmen gegen 10 Stimmen der Rechten angenommen. Man kann ja verstehen, daß die Kreise, die ihren Hausarzt haben, kein Interesse dafür aufbringen, eine Schulgesundheitspflege sowie Mütterberatung und Tuberkulosefürsorge durchzuführen.

Drieg. Eine Feststellung zur Steuer der Wahrheit. In der „Volkzeitung“ vom 2. Juli ist ein Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ abgedruckt, den die „Volkzeitung“ schäbig heruntertreibt. In echt sozialdemokratischer Weise werden Tatsachen als „geträumt“ hingestellt. Wahr ist: 1. daß der 1. Vorsitzende Wabe sagt hat: „Ich als Sozialdemokrat lehne es grundsätzlich ab, mir von den Klängen der Schalmeyen die Ohren vollblafen zu lassen.“ 2. daß Kollege Silberhorn berichtete, daß die Stadt den Postkammerarbeitern keinen Tariflohn zahlt. 3. daß Kollege Koloit über die Ziegeleilöhne sprach und dazu erklärte, daß der Dezerent überhaupt, es wäre ein Zuschußbetrieb, und könne er daher keinen Tariflohn zahlen. Eine Einsicht in die Bücher gestattet er aber nicht. Als Kollege Koloit mit dem Dezerenten und dem sozialdemokratischen Bürgermeister über Tariflohn verhandelte, erklärten beide, Tariflohn nicht zahlen zu können. Weiter sagte Koloit in der Sitzung: „Soll ich denn gegen die eigenen Parteigenossen so schäbig vorgehen und die Sache ausklagen?“ 4. daß der Vertreter der „Volkzeitung“, Kollege Däumling, wörtlich sagte: „Hier könnt ihr euch an den Kommunisten ein Beispiel nehmen. In dieser Sache können wir von den Kommunisten wirklich was lernen.“ — Diese Feststellungen dürften wohl genügen.

ArbeiterSport

Arbeiter-Sportrat. Mittwoch 20 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3, Kartellvollversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftliche Mitteilungen; 2. „Kast 1928“; 3. Mitwirkung bei der Krankenkassentagung in Breslau; 4. Verschiedenes. Zu dieser Kartellvollversammlung sind folgende Funktionäre hiermit eingeladen: 1. der Kartelldelegierte, 2. der Vorsitzende und 3. der technische Leiter jedes Kartellvereins. Stimmrecht haben nur die Kartelldelegierten mit ihrer Delegiertenkarte.

Handball. In Neutirch trafen sich Freie Sportvereinigung 1897 I und Neutirch I zum Freundschaftsspiel, in dem erstere mit 4:3 erfolgreich blieben. Sportvereinigung 1925 II und Freie Sportvereinigung 1897 II trennten sich in Dämlich 1:1.

geschaffen wurde und Gewerkschaftsführer und Parteifunktionäre die Gelegenheit benutzten, um an Stelle der freien Jugendorganisationen Bildungsvereine, Jugendvereine, in denen die „Alten“ die Mehrheit hatten, zu sehen, begrüßte Genosse Dunter den Satz: „Wenn das Vereinsgesetz ein Schritt zurückschreit, brauchen wir nicht zwei Schritte zurückzugehen.“ Leider war die Zahl derer, die mit Genossen Dunter kämpften, zu gering. Die freien Jugendorganisationen wurden aufgelöst. Der erste Abschnitt in der Geschichte der selbständigen sozialistischen Arbeiterjugendbewegung war zu Ende. Und die Jugendbildner erklärten den erwachten Massenwillen der Arbeiterjugend mit dem „Bürgerlicher“ Bildung und Volkshilfe. Die Folgen zeigten sich am 4. August 1914.

Nach 16jähriger Abwesenheit ist Genosse Dunter wieder in Breslau. Mit Dankbarkeit erinnern sich die „Jungen“ von damals daran, daß es Genosse Dunter war, der ihnen die theoretischen Grundgedenisse des Sozialismus in so lebendiger und leichtfaßlicher Art vermittelte, daß ihnen jeder Abend zum Genuß wurde und die Hells gab, auf der sie selbsttätig weiterarbeiten konnten. Und wir sind überzeugt, alle Funktionäre, die heute abend an der Konferenz teilnehmen, werden nach dem Vortrag des Genossen Dunter so angeregt werden, daß sie die Mühe nicht scheuen, sich in den umfangreichen Programmtext einzuarbeiten.

Das Parteiprogramm — sagte Genosse Dunter 1912 — muß das Tor werden, durch das jeder Arbeiter zu uns kommt. Heute hat die Zweite Internationale kein Programm, wie sie keine Theorie hat. Die kommunistische Weltpartei — die auf fünf Kongressen und den Lehren des Bürgerkrieges der russischen Revolution ihre Richtlinien im Kampf gegen den internationalen Kapitalismus schmiedete — ist im Begriff, ein Programm zu schaffen, das für das revolutionäre Proletariat aller Länder Geltung hat. Da darf kein Genosse, um wieviel weniger noch ein Funktionär, uninteressiert beiseite stehen. Helfen wir alle durch schöpferische Kritik, ein Parteiprogramm zu schaffen, das nicht nur für den Parteibaugebrauch, sondern als Hebel dient, um den Kampfwillen der Arbeiter zu wecken und für die kommunistische Partei zu gewinnen. Dann wird das Parteiprogramm das Tor werden, durch das die Massen zu uns strömen.

Freie Sportvereinigung 1897. Im Obertor über wir wieder regelmäßig Mittwoch von 19-22 Uhr in der Turnhalle, Reichstraße und Donnerstag von 19-22 Uhr in der Halle Waterloostraße. Handball: Dienstag ab 18 Uhr auf der Hellmuthstraße Training der Jugend und Männer.

„Kast“ in Neutirch. Zur Unterstützung des Bezirksportrats in Neutirch nehmen folgende Abteilungen der Freien Turnerschaft Breslau aktiven Anteil: 2. und 5. Frauenabteilung und 1. und 4. Männerabteilung. Die vier genannten Abteilungen werden eruchtet, möglichst mit allen Mitgliebern unsere Neutircher Genossen zu unterstützen. In Neutirch werden die Kast-Freidungen geturnt.

Arbeiter-Athletenbund, Bezirk Breslau. Am 22. Juli findet in Sakrau das Bezirksfest im Heben und Ringen statt, zu dem Ausschreibungen an die einzelnen Vereine ergangen sind. Die Vereine senden ihre Meldungen sofort an Sportgenossen Mendel, Dewalstraße 14. Da die Veranstaltung wertvoll für unseren Bund wirken soll, wird um zahlreiche Beteiligung eruchtet.

Bezirks-Rinderturnfeste des 10. Bezirks. Die Kleinsten unseres Bezirks fanden sich vor dem 1. Bezirksfest (14., 15. und 16. Juli in Girschberg) zu einer letzten Probe im Kreisjahrgang-Gunnersdorf zusammen. Den größten Teil der Turnfeste nahmen die Kinderfreidungen in Anspruch. Diese wurden nach Musik geübt. Alsdann folgten verschiedene Lauf- und Hüpfarten, denen sich einige Gesellschaftskünste anschlossen. Die Rinderturnfeste war besucht von 16 Wädeln, 9 Knaben und 10 gemeldeten Vorturnern. Dem technischen Teil schloß sich eine Sitzung der Vorturner an. Die Kinderlehreftunden werden nach dem Bezirksfest eine Verbesserung erfahren. Die Kinderfreidungen zum 1. Bezirksfest wurden für gut befunden; daselbe gilt vom Dreilauf, der aus Weitsprung, Ballwurf und 75-Meter-Lauf besteht. Die Beteiligung der Kinder am Bezirksfest wird sehr gut sein. Nächste Bezirks-Rinderturnfeste 9. September in Girschberg.

Briefkasten

Görlich. Mittwochversammlung. Welche Organisation? — Strehlen, Freidenker. Notiz erst Montag.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen
Strehlen. Dienstag 20 Uhr kombinierte Mitgliederversammlung von P.D. und K.P. bei Wende („Stadt Breslau“). Referent Reichstagsabgeordneter Arthur Vogt-Berlin. Kein Mitglied darf fehlen.
Weißheim. Mittwoch 20 Uhr im „Deutschen Hause“ Frauenmitgliederversammlung. Außer den Genossinnen sind alle Frauen der Parteimitglieder eingeladen.
Kommunistischer Jugendverband
Breslau
— Süd. Mittwoch 20 Uhr Heimabend bei Janke, Friedrichstraße 41. Bei schönem Wetter im Freien. Gäste willkommen. Referent Genosse Gläser.
Jung-Spartakus-Bund
Breslau
— Süd-Zentrum. Mittwoch 17-19 Uhr Heimabend bei Janke, Friedrichstraße. Gäste willkommen.
— Nord. Donnerstag 17-19 Uhr Heimabend. Alles im Mittel. Apparat mitbringen.
Görlich. Donnerstag 17.30 Uhr in der Verrätergasse Versammlung.
Roter Frontkämpfer-Bund
Breslau
— Abt. 2. Dienstag 20 Uhr bei Köhner, Uferstraße, Kameradschaftsabend.
— Abt. 4. Dienstag 19.30 Uhr Generalversammlung bei Janke, Mariannenstraße 7.
— Abt. 5. Dienstag 19 Uhr Kameradschaftsabend im „Turmhof“.
— Abt. 6. Mittwoch 20 Uhr Kameradschaftsabend. Epithelin-Gruppenführer und Unteroffizier 19 Uhr dortselbst. Karten und Geld an Hauptkassierer abrechnen.
— Rote Jungfront, 2. Abt. (ehemals 4., 5. u. 6. Abt.). Dienstag 19 Uhr Antreten Nikolaifriedgraben Ecke Antonienstraße.
— K.P.D., Abt. 2. Dienstag 20 Uhr Versammlung bei Korfik, Jagestraße 2.
Görlich. Kameraden, die mit Auto zum Haupttreffen nach Görlich fahren wollen, melden sich bis 10. Juli beim Kameraden J. J. e. Wäpfigersdorf. Dienstag 20 Uhr im Hotel „Zur Sonne“ Mitgliederversammlung.
Görlich. Donnerstag 20 Uhr Vollversammlung im „Felsenstein“.

Verantwortlich für den politischen Teil: Arthur Vogt-Berlin, Reichstagsabgeordneter. Verantwortlich für den literarischen Teil: Theodor Heller, Görlitz. — 80: Seitenzahl 21. Druck: Breslau.

# Waldenburger Bergland

## Jeder Kommunist gehört in die Arbeiter-Konsumvereine

Anlässlich des vom I. O. angelegten Internationalen Genossenschaftstages wird überall eine verstärkte Werbestätigkeit für die Konsumvereine entfaltet. Wenn die Genossenschaftsfunktionäre, unter denen sich auch ein beträchtlicher Teil Kommunisten befinden, sich jetzt an die indifferenten Arbeiter zu Werbezwecken wenden, muß wiederum daran gedacht werden, daß es noch einen guten Teil Parteimitglieder gibt, die sich bisher noch nicht genossenschaftlich organisiert haben. Schon der dritte, vierte und fünfte Weltkongreß der kommunistischen Internationale und eine Reihe deutscher Parteitage haben Beschlüsse gefaßt, durch welche die Parteimitglieder zur genossenschaftlichen Organisation angehalten werden. Diese Beschlüsse sind aber von einem Teil der Mitgliedschaft nicht beachtet.

Die Arbeiterkonsumvereine sind neben den Genossenschaften die wichtigsten proletarischen Massenorganisationen, die im Befreiungskampf der Arbeiterklasse große Aufgaben zu erfüllen haben. Heute werden die Genossenschaften ihren wirklichen proletarischen Klassenzwecken ferngehalten und von der SPD. unter dem Deckmantel der „Neutralität“ für sozialdemokratische Parteilzwecke mißbraucht. Der Kampf um die reformistische oder revolutionäre Orientierung der Arbeiterkonsumvereine, der seit Jahren geführt wird, ist bereits in ein solches Stadium gekommen, daß die Reformisten ernstlich mit der proletarischen Opposition rechnen müssen. Der Kampf für die Umgestaltung der Arbeiterkonsumvereine kann nur wirksame Unterstützung dadurch erhalten, daß der reifliche Teil der Parteimitglieder seine kritischen Ausreden preisgibt und die genossenschaftliche Organisationspflicht erfüllt.

Gerade der genossenschaftliche Werbe- und Propagandatag muß Veranlassung geben, an die reiflichen Schichten der kommunistischen Parteimitglieder heranzukommen und sie für die Organisation in den Konsumvereinen zu gewinnen. In jeder Verteilungsstelle kann die Aufnahme bei Zahlung eines Eintrittsgeldes von etwa 50 Pf. vollaufen werden. Der festgelegte Geschäftsanteil braucht nicht eingezahlt zu werden, sondern wird durch die jährliche Rückvergütung aufgelammet. Alle oppositionellen Genossenschaftsfunktionäre müssen bei ihrer Werbearbeit zum Internationalen Genossenschaftstag sich auch mit den noch nicht genossenschaftlich organisierten Parteimitgliedern befassen. Die Durchführung des Werbe- und Propagandatages muß eine Verstärkung des Einflusses der Opposition in den Konsumvereinen und damit eine wirksame Unterstützung für den Ausbau der Konsumvereine zu proletarischen Klassenkampforganisationen bringen.

### Freiburg

„Schafft Freibäder zur Volksgesundung!“ so liest man des öfteren in sämtlichen Zeitungen. Von verschiedenen Gemeinden wird es aber nicht in die Tat umgesetzt. Dies trifft auch für Freiburg zu. Wir besitzen eine Schwimmanlage, welche im Volkswander Kalkbrunn ober Wilhelmshaus gemauert wird. Diese ist nicht von jedem zu benutzen. Sie liegt zu nahe an einer verkehrreichen Straße, auch lassen die Umkleieräume viel zu wünschen übrig. Schon vor einigen Jahren stellten die Arbeiter-Sportler an die Stadtverwaltung den Antrag, ein Freibad zu schaffen, welches jeder benutzen kann. Dieses wurde abgelehnt, weil angeblich kein Geld da war. Vor einigen Tagen stellten die Erwerbslosen an den Magistrat einen Antrag, jenen Erwerblosen, welchen es nicht möglich ist, von ihrer Unterstützung die 2,20 Mark für das Baden zu zahlen, eine Preisermäßigung zu geben.

## Niederschlesien

### Görlitz

#### Sie fühlen sich getroffen

„So wichtig die Frage der Dedungsbeiträge für den Gesamtetat ist, so falsch ist es, von Dedungsbeiträgen im einzelnen zu sprechen.“  
„Die Gemeinde“, Februar 1925, S. 106  
Kommunalpolitische Zeitschrift der SPD.

Die „Görlitzer Volkszeitung“ widmet uns in ihrer Ausgabe vom Donnerstag fast eine halbe Seite als Entgegnung auf das von uns an die Rentenempfänger zur Verteilung gebrachte Flugblatt, das sich mit dem Verhalten der SPD-Stadtdirektorenfraktion anlässlich der Beratung über die Erhöhung der Beiträge der allgemeinen und gehobenen Fürsorge befaßt. Zweierlei ist an dem Artikel der „Volkszeitung“ bemerkenswert. Einmal der wütende, gehässige Ton, der nur allzu deutlich an den kaffenden Dorfstörer, den man auf den Schwanz getreten hat, erinnert. Zum andern, ein wirres Durcheinander in der Argumentation, zum Teil mit Dingen, die mit der Sache an sich absolut nichts zu tun haben, die aber um so deutlicher die böse Verlegenheit bekunden, in der sich der oder die Antwortenden befinden haben.

Der Höhepunkt der Demagogie — die ja eins der hervorragendsten Merkmale der SPD. überhaupt ist — bildet der Schlingenschein des Artikels, in dem man die Kommunisten des Betruges an Klein- und Sozialrentnern bezichtigt. Ist es Betrug, wenn unsere Stadtdirektoren den Antrag der SPD. vom 4. Mai zur Abstimmung stellen lassen in der doch berechtigten Annahme, daß die Sozialdemokraten für ihren eigenen Antrag stimmen müßten? Das ist kein Betrug, wohl aber, wenn die härteste Fraktion im Gemeindeparlament einen Antrag einbringt, den sie — wenn er keine Schuldigkeit, Wahlpropaganda zu machen, getan hat — wieder unter den Tisch fallen läßt!

Wer betrügt die Rentenempfänger um ihre berechtigten Ansprüche? Die Kommunisten, die für den weitergehenden Antrag auf Erhöhung der Beiträge eintreten in dem Bewußtsein, daß eine Gemeinde, die Hunderttausende zur Erhöhung der ohnehin hohen Gehälter der oberen Beamten übrig hat, auch die Mittel beschaffen kann, um das Existenzminimum der Rentner sicherzustellen? Oder ist es die SPD., die sich jetzt hinter der „Dedungsfrage“ verkriecht, wodurch sie sich an und für sich schon in Widerspruch zu ihrem eigenen kommunalpolitischen Organ (siehe Motto am Anfang des Artikels) setzt, nachdem sie bei Einbringung ihres Antrages durch den Stadtdirektorenrat die SPD. großzügig unterstützte, daß sie auch Dedungsbeiträge zahlen sollte? Jetzt auf einmal reicht das Geld zur Dedung nicht, es muß ja nur Rentner, aber zur Gehaltserhöhung für die oberen Beamten (besonders es bekanntlich sehr schlecht geht: Oberbürgermeister Dr. Biesner hat ja nur täglich circa 75 Mark, um ein Beispiel anzuführen) reichen es selbstverständlich auch der SPD.

Die Kommunisten kämpfen gegen die Entziehung der Sozialrenten, Sozialrenten sind (um diese infame Frage der „Volks-

Dieser Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Stadt den Kalkbruch an die Haselbach-Bräuerei verpachtet hätte. Es könnte höchstens eine Ermäßigung im Stadtbad, bei Benutzung der Brauereibäder, gewährt werden (nicht einmal Mannenbad). Die Kinderheimkinder wollen aber auch Licht und Sonne! Als die Erwerblosen sich bei einem Mitglied des Magistrats über die Behandlung ihres Antrages erkundigten, erklärte dieses, daß die Ablehnung deshalb erfolgte, weil man besorgt ist, daß die anderen Gäste durch die Anwesenheit der Erwerblosen das Wilhelmshaus meiden würden! Warum schreibt Bürgermeister Präker nicht daselbe in seiner Antwort? Die Erwerblosen wollen wissen, wer dieses gesagt hat, und hoffen, daß diese Angelegenheit geklärt wird.

### Landeshut

#### Gerang mit den politischen Gefangenen

In Landeshut wurde folgende Entschliessung angenommen: „Die Mitglieder und Sympathisierenden der Roten Hilfe Landeshut nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der ständigen Verschleppung einer Generalamnestie aller proletarischen politischen Gefangenen und fordern ganz entschieden deren sofortige Freilassung. Sie geloben, alle Kräfte zum Kampf für eine Vollamnestie, in die auch Magies und Mag Hoelz einbezogen sind, einzusetzen, falls diese vom Reichstag verhindert wird.“

Schwere Verletzungen. In Wittgendorf, Kreis Landeshut, wurde die 67 Jahre alte Witwe Marie Scholz von dem Auto eines Zeitungsverlages überfahren und getötet. In Kottbusch

## Keine Hilfe für die ausgebeuteten Erwerblosen

Der Reichsarbeitsminister Bissell hat einige kleine Gruppen zur Krisenfürsorge zugelassen. Mit Wirkung vom 2. Juli ab werden folgende Berufsgruppen zugelassen: 1. Die Angestellten der Forst- und Landwirtschaft im Landesarbeitsamtsbezirk Brandenburg und Schlesien, 2. technische Hilfsarbeiter der Tafelglasindustrie im Landesarbeitsamtsbezirk Sachsen und im Arbeitsamtsbezirk Sorau, 3. Eisenerbeiter und Eisenerzeuger im Landesarbeitsamtsbezirk Sachsen, 4. Bäcker und Konditoren, Tabak- und Zigarrenarbeiter, soweit sie über 25 Jahre alt sind, und Kellerer aller Art, soweit sie über 40 Jahre alt sind, ferner Transportarbeiter, Lohnführerarbeiter und Arbeiter des Expeditionsgewerbes sowie Handelshilfsarbeiter, soweit sie über 28 Jahre alt sind, im Arbeitsamtsbezirk Breslau-Stadt; 5. Notenfischer in Berlin und Leipzig, 6. Arbeiter des Verlehrs-gewerbes und Arbeiter der Berufsgruppe „Bahnarbeit wechselnder Art“, soweit sie über 35 Jahre alt sind, im Arbeitsamtsbezirk Pommern. Die Zulassungen in der Gruppe 4 gelten nur für männliche Arbeiter, bei den übrigen Gruppen für männliche und weibliche Arbeitskräfte, Angehörige der genannten Berufsgruppen, die bereits ausgeschlossen waren, werden wieder zugelassen.

Das ist also die erste Amtshandlung Bissells, des Koalitionsministers. Der Reichsarbeitsminister kann ohne Befragung des Kabinetts selbständig die Einbeziehung einer beliebig großen Zahl von Erwerblosen in die Krisenfürsorge anordnen. Aber Bissell erfüllt bei weitem nicht einmal die ungenügenden Forderungen der Gewerkschaften. Nur ein verschwindend kleiner Teil der Arbeitslosen wird zur Krisenfürsorge zugelassen. Wenn Bissell in dieser Situation, wo Zehntausende ausgebeutete Erwerblose um Hilfe rufen, eine solche Anordnung erläßt, so bedeutet das, daß er die Forderung der Massen der Erwerblosen nicht erfüllen will. Das, was Bissell anordnet, ist

stich der 23 Jahre alte Grubenkloster Erich Fiedler auf seinem Fahrrad mit einem Motorrad zusammen. Fiedler stürzte vom Rade und wurde beunruhigt vom Blase getragen. Sein Zustand ist sehr bedenklich.

Dank für die praktische Solidarität. Allen Genossen und Kameraden sowie den Freunden der I. O. von Landeshut und Reichhennersdorf, welche während meiner langen Krankheit und Abwesenheit in der Klinik meine Frau tatkräftig unterstützt haben, spreche ich meinen tiefsten Dank aus. Ich gelobe auch ferner, meine Kräfte, soweit es meine Gesundheit zuläßt, für die revolutionäre Bewegung einzusetzen. — Hermann Bösch, Reichhennersdorf.

### Bolkenhain

Typhus. Nachdem der Typhus in Schweidnitz bereits einige Todesopfer forderte und auch in Dels eine Erkrankung festgestellt wurde, sind auch im hiesigen Stadtgebiet in den letzten Tagen vereinzelte Fälle von Typhus aufgetreten. Die Erkrankten wurden ins Kreisstranlenhaus übergeführt und die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

### Jauer

Milde Richter. Wegen schuldigen Umgehens mit einer Handgranate wurde der Gutsherr Walter Otto von dem Amtsgericht zu einer Gefängnisstrafe von 26 Tagen verurteilt, die aber in eine Geldstrafe von 100 Mark umgewandelt wurde. Durch die Handgranate verunglückte der Sohn Dites tödlich. Es hätte, so sagte das Gericht, für Otto als Hausvater und Grundstücksbesitzer die Verpflichtung bestanden, die Handgranate abzunehmen und zu vernichten, doch sei der Grad der Fahrlässigkeit als kein allzu großer zu bezichtigen. Wie anders hätte das Urteil gelautet, wenn der Angeklagte ein Arbeiter oder gar ein Kommunist gewesen wäre.

so lächerlich geringfügig, daß selbst der „Vorwärts“ vom 5. Juli schreiben muß:

„Lopfen auf einen heißen Stein. Mit einigen neuen Zulassungen zur Krisenunterstützung in einzelnen kleinen Bezirken, wo der Arbeitsmarkt besonders schlecht ist, kann man das Problem nicht lösen. Notwendig ist schon eine etwas herabsetzende Reform vor allem an den Bestimmungen für die Zulassung zur Unterstützung und für die Unterstützungsdauer im Sinne der von uns bereits gemeldeten Vorschläge der freien Gewerkschaften.“

Diese Kritik des „Vorwärts“ hat allerdings nur den Zweck, die Arbeitslosen zu vertreiben und hinzuhalten, gleichzeitig möchte er die Verantwortung der SPD. für die Politik Bissells ablegen. Aber das gelingt der SPD. nicht. Die Politik Bissells ist die Politik des Parteipostandes. Wenn die SPD. nicht wollte, daß Bissell die Erwerblosen abweist und dem Verhungern preisgibt, so dürfte sie nicht Koalitionspolitik machen.

Auch die ADGB-Führer sind verantwortlich, denn sie haben ja die SPD. als „Interessenvertreterin der Arbeiterschaft“ empfohlen und finanziert, sie sind ja die eifrigsten Befürworter der Koalitions-politik.

Welche große Hilfe könnte den Erwerblosen gebracht werden, wenn die ganze Macht der Gewerkschaften angelegt würde, um die Unterstützung aller Erwerblosen zu erzwingen. Das durchzusetzen, wäre im rücksichtslosen Kampf gegen jede bürgerliche Regierung möglich. Aber gegen eine Koalitionsregierung wollen die Gewerkschaften am wenigsten kämpfen.

Gerade deshalb können die Erwerblosen nur dann Hilfe erhalten, wenn sie sich selbst rühren und mit aller Kraft ihre Forderungen durchsetzen.

Charakter unseres Magistrats aufzuzeigen. Am Dienstag versammelten sich die Denkmalbauern in der „Ressource“. Unter ihnen auch der Erste Bürgermeister, der in seiner Rede erklärte: „Der Magistrat stehe mit besonderem Wohlwollen der Sache gegenüber und werde das Seine dazu beitragen, damit der Denkmalsbau gefördert und bald zur Tat wird.“ In dem Artikel wird dann weiter angeführt, daß der Magistrat bereits 10 000 Mark aus dem aufgelösten Selbstversicherungsfonds zum Denkmalsfonds bewilligt habe. In derselben Zeit, wo Hunderte Saganer Kinder ohne Frühstück zur Schule gehen, Hunderte in elenden Kellerlöchern von der Tuberkulose umkrallt, alte Leute vor Hunger dahinsiechenden, gibt der Magistrat Gelder für solche Zwecke. Einen noch besseren Anschauungsunterricht gab die letzte Stadtdirektorenversammlung, in der die kommunistischen Anträge, die wir bereits veröffentlichten, in trauter Eintracht von den Bürgerlichen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt wurden. Wir werden in den nächsten Wochen einmal ganz präzise andere Fälle aufzeigen, die eindringlich und scharf die Arbeiterfeindschaft unserer „menschlich fühlenden“ Stadtväter demonstrieren.

### Bunzlau

Vor den Zug geworfen hat sich ein erwerblosler junger Kera-miker. Er erlitt schwere Verletzungen.

Bemerklos aufgefunden wurde der frühere Gutsherr Rau-ottendorf. Er lag mit einer Kopfverletzung auf den Stufen der Mählselnes Sohnes. Der 63jährige Mann, der infolge eines Ohnmachtsanfalles abgestürzt sein dürfte, schwebt in Lebensgefahr.

### Hagnau

Ein Unglücksfall, der schwere Folgen haben konnte, ereignete sich in der Sandgrube in Bielau. Durch herabstürzende Sandmassen wurde der dort in Arbeit stehende Kamerad Bruno Hermann erschüttert. Nur durch die rasche Hilfe, die ihm durch Ausgraben zuteil wurde, konnte ein Menschenleben den Klauen der Rationalisierung entzogen werden. Auf der Arbeitsstelle ist, trotzdem der Schacht bis 15 Meter tief geht, nicht eine Schutzvorrichtung! Wenig Leute, niedrige Löhne und zehn bis elfstündige Arbeitszeit in Afford! Arbeiter, reißt auch ein und kämpft mit der kommunistischen Partei gegen berartige Ausbeutungsmethoden, für ausreichende Löhne und Achtstundentag.

### Glogau

Einbrüche und Heberheller. Aus einem Zigarrenladen auf dem Dominikanerplatz wurden Rauchwaren im Werte von 1000 Mark geraubt. Der Einbrecher, ein arbeitsloser, entlassener Strafgefangener, konnte bereits festgenommen werden. — In der Synagoge versuchte ein Einbrecher den Opferstock zu erbrechen. Es blieb beim Versuch, da er offenbar gestört wurde. — In einem Hause der Friedrich-Ebert-Strasse raubte ein junger Mann einem Mädchen die Handtasche. — Am gleichen Tage wurde einem anderen jungen Mädchen in der Promenade beim Goethepavillon die Handtasche mit 2 Mark Inhalt geraubt.

zeitung“ hier gleich festzumageln). Ist das ein „Betrug“? Oder ist es nicht Betrug, wenn man die geringen Erhöhungen der Beiträge auf der anderen Seite durch Abschaffung dieser Sonderzuwendungen auf ein Minimum herabmindert, sie im Winter vielleicht ganz illusorisch macht? Für diese Verschlechterung stimmten auch die Sozialdemokraten!

Das schönste aber ist (um die Worte der „Volkszeitung“ zu gebrauchen), wenn die SPD. uns zumutet, daß wir für eine derartig verabschiedete Vorlage stimmen sollen, die, bei der ständig fortschreitenden Teuerung, den notleidenden Rentenempfängern keine auch nur einigermaßen zufriedenstellende Besserung ihrer Lebenshaltung ermöglicht. Eine derartige „Erhöhung“ als Besserstellung zu bezeichnen, diese Schamlosigkeit und Waulauferei (wie die „Volkszeitung“ so treffend schreibt) überlassen wir gerne den Sozialdemokraten.

Rehere Schreibereien von der Luisestraße! Daß auch unser Flugblatt auf die Herzen gefallen ist, können wir sehr gut verstehen. Genau so, wie wir euren Kerger über die kommunistische Betriebszeitung der „Sumag“ begreifen. Denn es ist immer unangenehm, wenn die Genasführer erfahren, daß sie genasführt sind! Ihr müßt euch eben wieder einmal getroffen und schreit nun nach Gaunerart: „Haltet den Dieb!“

Auch dadurch, daß ihr über die Baharheit unserer Genossen höhnt, werdet ihr eure Schuld in den Augen der Betroffenen nicht verkleinern. Hebrigens, wann habt ihr eigentlich die letzte Demonstration gemacht? Als staatszerstörerische und -bejahende Partei könnt ihr gegen diese kapitalistische Republik, die euer Werk ist, ja gar nicht demonstrieren!

Das einzige, was ihr auch in Zukunft könnt, ist, daß ihr jede Schändlichkeit der Koalitionsregierung — mit euren Genossen an der Spitze — gegen die notleidende, werktätige Bevölkerung auch im Gemeindeparlament deckt.

Hungrige Diebe. Aus der Rollecessilliale Luisestraße 19 entwendeten Diebe 16 Pfund Butter, ein Stück Schweizerkäse, einen Küstler-Vollstetlase, einige Schachteln Emmendaler, 4 Mark Wechselgeld und eine Leihgahr. — Selbstmord beging der Witwenhaber des bekannten Cafés Fiedermans.

### Grünberg

Vom Blitz erschlagen. In Seedorf wurde der auf seinem Rad aus dem Walde zurückkehrende Landwirt August Schubert vom Blitz erschlagen.

Strasler ist in Soyadel im sogenannten Reffer das dreijährige Söhnchen Alfred des Kanters Blacha.

### Sagan

Der Magistrat verpulvert wieder 10 000 Mark. In einem Artikel in der Mittwochnummer des Rasselblatts, wird von Saganhahn erneut die Denkmalsfrage aufgeworfen. Wir haben nicht die Absicht, was dauernd mit diesem rassistischen Blödsinn abzugeben, wollen trotzdem aber nicht verschleppen, nochmals den realistischen